

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 14.

Dienstag, den 18. Januar 1898

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

## Arbeitertrug, kein Arbeiterschnig!

Das dies das Programm des Herrn v. Posadowsky ist, dem Herr Brafeld freudig zustimmt, wußte man aus den Erklärungen vom Bundesrathstische in den Tagen der ersten Lesung des Etats für 1898/99. Künftig wurde jede Reminiscenz an die kaiserlichen Wortschöpfungen vom 4. Februar 1890 vermieden. All die kleinen sozialpolitischen Hestpflasterchen, die Herr von Posadowsky anpries, änderten nichts an dem Gesamteindruck seiner Ausführungen, die am besten durch das vorintuitivliche Wesenbild illustriert wurden, daß er ein pietätvolles Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern für erstrebenswerth halte. Noch mehr Aufsehen aber als dieses in unseren Zeiten härtester Klassenkämpfe mehr als banale Wort machten seine wiederholten Bemerkungen, daß er vor „zu viel Polizei“ warne, daß er die Arbeiter bewahren wolle vor der polizeilichen Bevormundung, als welche dem feudalen Grafen und intimen Kollegen des Herrn v. d. Necke jede ernsthafte Sozialpolitik erscheine.

Wir haben uns schon damals verwundert, daß der Mann, der alle möglichen Staatsinterventionen zu Gunsten seiner agrarischen Klassengenossen für nöthig hält, der Minister einer der ausgebildeten Polizeistaaten ist, vor den abgebrauchtesten Schlagworten nicht zurückschreckt, wo es gilt, mit diesen die Weiterbildung unserer sozialen Gesetzgebung aufzuhalten.

Wenn wir dem Grafen Posadowsky nicht zutrauen, daß er einen solchen Abscheu vor der Polizei und ihrer Einwirkung auf das Arbeitsverhältnis wirklich hege, so hatten wir volkrecht. Dögleich es nicht nöthig wäre, diese Meinung besonders zu erhärten, so wollen wir es doch nicht unterlassen, durch ein vom Staatssekretär des Innern selbst gezeichnetes Aktenstück zu beweisen, daß er noch viel, viel mehr Polizei fordert, als nun ohnedies schon sich zwischen Unternehmern und Arbeitern ein-drängt.

Das bedeutungsvolle sozialpolitische Aktenstück, das dem „Vorwärts“ von unbekannter Seite zugeht, lautet wie folgt:

Vertraulich Berlin, den 11. Dezember 1897.  
Der Reichskanzler.  
(Reichsamt des Innern.)  
II 2916.

In letzter Zeit ist in der Tagespresse und Fachliteratur wie in Vereinsversammlungen die Frage lebhaft erörtert worden, ob nicht angesichts der durch die Arbeiterbewegung der letzten Jahre gelieferten Erfahrungen von der Gesetzgebung ein erhöhter Schutz gegen Mißbrauch der durch § 152 der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsfreiheit zu verlangen sei.

Dabei sind mehrfach Bestimmungen für erforderlich erklärt worden, wie sie seitens der vorbildeten Regierungen im Jahre 1890 in dem Entwurfe der Gewerbe-Ordnungs-Novelle (Reichstags-Drucksache 1890 Nr. 4) zur Erweiterung und Verschärfung der Strafbestimmungen des § 153 a. a. D. vorgeschlagen, damals aber vom Reichstage mit erheblicher Mehrheit, zum Theil aus Bedenken grundsätzlicher Art abgelehnt worden sind. Bei der Wichtigkeit der Sache scheint es geboten, an der Hand der bisherigen Erfahrungen diese Frage einer nochmaligen Erwägung zu unterziehen und dabei insbesondere zu prüfen, ob sich nicht das Bedürfnis herausgestellt hat, bei Arbeiteransätzen den arbeitswilligen Personen gegen Vergewaltigung und Einschüchterung seitens der Ausständigen oder anderer für diese eintretenden Personen einen kräftigeren Schutz als bisher zu leisten.

Erhebungen hierüber gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte dürften ein werthvolles Material im deswillen erwarten lassen, weil die letzten Jahre, namentlich 1896 und 1897, an Ausständen und Ausperrungen in verschiedenen Gewerbezeuigen besonders reich waren, das . . . Ministerium beehre ich mich hiernach um eine gefällige vertrauliche Aeußerung über die nachstehenden Fragen zu ersuchen.

I. Ist gegenwärtig eine Wiederannahme der in der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vom Jahre 1890 zu § 153 gemachten Abänderungs-Vorschlägen geboten, und zwar sowohl zur Erweiterung der strafbaren Thatbestände, als auch zur Verschärfung des in Anwendung zu bringenden Strafmaßes?

Welche inzwischen hervorgetretenen Erscheinungen sprechen besonders für ein solches Vorgehen?

1. Ist es häufiger unternommen worden, Arbeiter durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohung, Ehrverletzungen oder Verurtheilungen zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen oder an der Aufnahme oder Fortsetzung der Arbeit zu hindern, ohne daß es sich dabei nachweisbar um Verabredung und Vereinigungen der im § 152 bezeichneten Art handelte? Sind gleiche Wahnehmungen gemacht worden hinsichtlich widerrechtlicher Einwirkungen auf Arbeitgeber, sei es um sie zur Entlassung von Arbeitern zu bestimmen, oder um sie an der Annahme solcher zu hindern?  
Konnte in derartigen Fällen eine Bestrafung nach den allgemeinen Strafgesetzen stattfinden oder mußte eine Bestrafung

unterbleiben, weil der ausübende Zwang nicht eine Verabredung zum Zwecke hatte und aus diesem Grunde § 153 der Gewerbeordnung unanwendbar war?

2. Hat sich das im § 153 vorgesehene Strafmaß als ausreichend erwiesen, um auch schwerere Fälle der dort bezeichneten widerrechtlichen Einwirkung auf andere zur Durchführung von Arbeitseinstellung, Aussperrung u. s. w. anzureichend zu führen?

3. Waren in den letzten Jahren häufig Arbeitseinstellungen mit Kontraktbruch der Arbeiter verbunden und war in solchen Fällen vorher zur Einstellung der Arbeit öffentlich aufgefordert worden? Ist von einer Strafvorschrift gegen die öffentliche Aufforderung zur Arbeitseinstellung insbesondere wenn diese widerrechtlich ist, eine Einschränkung der Streiks und des Kontraktbruchs zu erwarten?

4. Sind, abgesehen von den in der Novelle von 1890 zu § 153 enthaltenen Vorschlägen, weitere gesetzliche Maßnahmen in Aussicht zu nehmen, um bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung der Koalitionsfreiheit der Anwendung unerlaubter Mittel zur Durchführung der Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegenzutreten? Welche Vorschläge können in dieser Beziehung gemacht werden?

Besteht insbesondere nach den dortigen Erfahrungen ein Bedürfnis, bei Ausständen arbeitswillige Personen gegen den Terrorismus der Ausständigen und Agitatoren besser zu schützen und diejenigen zu strafen, welche, um Andere von der Annahme oder Fortsetzung der Arbeit abzuhalten, Posten ausstellen, Arbeitsstätten, Zugänge zu denselben, öffentliche Straßen und Plätze (Bahnhöfe, Hafenplätze) überwachen, arbeitswillige durch Reden oder Thätlichkeiten belästigen, ihnen das Arbeitsgeräth rechtswidrig vorenthalten oder beseitigen lassen?

Einer gefälligen Aeußerung darf ich so rechtzeitig entgegensehen, daß nöthigenfalls die weiteren Verhandlungen früh genug abgeschlossen werden können, um dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentreten eine neue Vorlage machen zu können.

In Vertretung:  
ges. Graf Posadowsky.

1890/91 hielt Herr v. Berlepsch, als sein Enthusiasmus für die Sozialreform verrannt war und sein sozialpolitischer Johanneisrieb noch nicht gekommen war, den Arbeitertrug für unbedingt nöthig. Vom Bundesrathstische und von denen um Stumm wurde mit allen möglichen Behauptungen und düsteren Prophezeiungen die Anebelung des Koalitionsrechtes gefordert.

Nichts ist aber in den sieben Jahren geschehen, das diese Befürchtungen und Wahrsagungen bestätigt hätte und doch will man nun wieder die einzige und letzte Waffe im Lohnkampfe dem Proletarier entreißen.

Herr v. Posadowsky hat uns mit diesem Erlasse eine Wahsparole gegeben, die bei den nächsten Wahlen die ganze Arbeiterklasse um das Banner der Sozialdemokratie schaaren muß.

## Politische Handschau. Deutschland.

Ueber Dampferverbindungen nach Ostasien schreibt die „Freie Btg.“: Wie ungerechtfertigt die beabsichtigte Erhöhung der Reichssubvention für den Norddeutschen Lloyd für die Dampferverbindung mit Ostasien ist, tritt in diesen Tagen noch besonders hervor durch das am 25. Januar beginnende Unternehmen der Hamburg-Amerika-Linie regelmäßig monatliche Expeditionen von Hamburg ohne jede Subvention direkt nach Ostasien einzuführen. Bekanntlich bestand auch schon bisher eine 14tägige von Hamburg nach Ostasien durch die Ringlin-Linie. Der Norddeutsche Lloyd unterhielt bekanntlich eine vierwöchentliche Verbindung und empfängt dafür eine Reichssubvention von 1 800 000 Mk. Unter Erhöhung dieser Reichssubvention auf 3 300 000 Mk. sollte nun eine 14tägige Verbindung des Norddeutschen Lloyd mit Ostasien eingerichtet werden. Indem nun die Hamburg-Amerika-Linie, eine bekanntlich dem Norddeutschen Lloyd ebenbürtige Gesellschaft, ohne jede Reichssubvention eine neue Dampferverbindung mit Ostasien einrichtet, erübrigt umso mehr einen größeren Aufwand des Reichs für eine Verdoppelung von Fahrten an den Norddeutschen Lloyd. Denn das Unternehmen der Hamburg-Amerika-Linie beweist auf das Klarste, daß auch ohne Subvention eine solche Verbindung mit Ostasien durchaus lebenskräftig ist. Statt die Subvention zu erhöhen, müßte danach die bisherige Reichssubvention mit dem Ablaufe des Vertrages eingestellt werden.

Die Hamburg-Amerikaline stellt für die ostasiatische Expedition neue Schiffe der sogenannten A-Klasse in Dienst, welche mehr als 8000 Tons laden und eine Geschwindigkeit von etwa 12 Knoten per Stunde haben. Die Einstellung von schnelleren und noch größeren Passagierdampfern ist in Aussicht genommen, sobald die Gestaltung der Verhältnisse in Ostasien ein Bedürfnis dafür

erkennen läßt. Im Verhältnis zu der subventionierten Linie des Norddeutschen Lloyd hat der ostasiatische Dienst der Hamburg-Amerikaline den Vorzug, daß die Schiffe der letzteren zuerst in Antwerpen beladen werden, dann nach Hamburg kommen und von Hamburg direkt ohne irgend einen europäischen Hafen anzulaufen, via Suezkanal nach dem fernen Osten fahren, während die subventionierten Dampfer des Norddeutschen Lloyd außer Antwerpen noch Southampton, Genua und Neapel auf der Ausreise berühren. Unter diesen Umständen wird der neue Dienst der Hamburg-Amerikaline nach Ostasien für die deutschen Verleger resp. Empfänger eine weit schnellere Beförderung ermöglichen, als durch die Dampfer des Norddeutschen Lloyd geschieht, zumal die Fahrgeschwindigkeit der subventionierten Dampfer keine große ist und die Schiffe der Hamburg-Amerikaline von Hamburg direkt nach Ostasien fahren und auch auf demselben Wege nach Deutschland zurückkehren sollen. Die Expeditionen gehen von Hamburg nach Penang, Singapur, Hongkong, Shanghai, Yokohama, Hiogo mit Umladung nach Bankok, Batavia, Samarang, Soerabaya, Palembang, Padang, Matassar, Saigon, Manila, Foshow, Kiaotschau und Tientsin.

Es hat die Hamburg-Amerikaline nicht nur in Auftrag gegeben drei große Dampfer bei der Firma Blohm u. Voß, nämlich einen der größten Sorte, der sogenannten „Bretoria“-Klasse, und zwei der zweitgrößten Sorte, der „Brussa“-Klasse, sondern auch noch einen Riesendampfer bei dem Vulkan in Stettin. Letzteres Schiff soll 300 Kajüten-Resende, 1000 Zwischendeck-Passagiere und 14 000 Tonnen Ladung aufzunehmen im Stande sein.

Auch die „Köln. Volksztg.“ meint, daß die Einrichtung dieser neuen Linie nach Ostasien ein Ereignis sei, welches auf die Beschlüsse des Reichstags in Bezug auf die Reichspostdampferlinie erheblich einzuwirken geeignet erscheint. „Schon im Vorjahre wurde von Hamburg her gegen die Postdampfervorlage der lauteste Widerspruch vernehmbar. Insbesondere reichte die Deutsche Dampfschiffs-Rederei (Kingsin-Linie) dem Reichstage zwei ausführliche Denkschriften ein, welche die Beforgnisse hinsichtlich der nachtheiligen Wirkungen, welche vom Reich unterstützte Postdampferlinien auf die freie Schifffahrt ausüben würden, schilderten. Diese Einwände haben auch im Reichstage Beachtung gefunden, und das Schicksal der vorjährigen Vorlage war keineswegs sicher. Noch viel weniger sicher dürfte das der diesjährigen sein, wenn auch von gewisser Seite hervorgehoben wird, die „Nachtung“ von Kiaotschau durch Deutschland, der Aufschwung des Personen- und Handelsverkehrs nach Ostasien, den man davon erwarten zu dürfen glaubt, die beschlossene Errichtung einer deutschen Postanstalt in Kiaotschau seien Momente, die den vorbildeten Regierungen diesmal bei der Verathung einer Postdampfervorlage sehr zu statten kommen würden. Der besprochene Beschluß der Hamburg-Amerika-Linie ist aber auch ein Moment, das nicht unbeachtet bleiben wird und im entgegengekehrten Sinne wirken könnte.“

Was Kiaotschau anbetrifft, so liegt dasselbe völlig abseits von den großen Seestraßen in Ostasien und giebt es zur Zeit dort einen Handelsverkehr überhaupt nicht. Ein solcher ist auch erst denkbar, wenn im Hinterland Eisenbahnverbindungen geschaffen sind. Für den Subventionsvertrag mit dem Norddeutschen Lloyd, der jetzt auf 15 Jahre abgeschlossen werden soll, kann daher überhaupt der Besig von Kiaotschau nicht in Betracht kommen.

Fize Kerle! Eine merkwürdige Protestversammlung von Eisenbahnbeamten und Arbeitern beschäftigte sich, wie wir einem Telegramm der „Frankf. Btg.“ entnehmen, am Donnerstag Abend in dem Krollischen Theaterabstamm mit dem vor einiger Zeit gegründeten sozialdemokratischen Verband der Eisenbahner Deutschlands. Etwa 600 Personen beteiligten sich an der Demonstration, zu der sich auch ein Anzahl höherer Eisenbahnbeamter und konservativer Landtagsabgeordneter einfand. Nach einem Vortrag eines Stationsassistenten wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heute hier versammelten Eisenbahnbeamten und Arbeiter erheben energig Protest dagegen, daß sich die in Hamburg gebildete Vereinigung von Eisenbahnarbeitern und ehemaligen Hilfsbeamten als Verband der Eisenbahner Deutschlands

Einfluss. Dieser Vereinigung wird jedes Recht abgesprochen, sich den Titel Eisenbahner beizulegen. Der gesamte Eisenbahn-Beamtenstand ist zu stolz, um sich mit den Wittigleibern des Hamburger Verbandes auf eine Stufe zu stellen, sondern erklärt sich in moralischer wie in sozialer Beziehung als über ihm stehend. Das Einbringen sozialdemokratischer Lehren in den Eisenbahnbeamtenstand wehen wir energisch zurück, da wir die sozialdemokratische Partei weder als berufene Vertretung unserer Interessen anerkennen, noch derselben jemals den Auftrag erteilen werden, unsere Wünsche zu vertreten. Die Versammlung ist besetzt von dem Wunsche, in ihrem Verufe nicht bloß untereinander, sondern auch mit den Eisenbahnarbeitern, ebenso wie mit den Verwaltungen wie selber im guten Einvernehmen zu leben und zu wirken, und ist überzeugt, daß das Wohl, namentlich die wirtschaftliche und soziale Lage der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnverwaltung nicht gleichgültig ist, sondern warm am Herzen liegt. Sie habe daher auch zu derselben, sowie zu den Regierungen und Volksparteien das Vertrauen, daß die berechtigten Witten und Wünsche des Personals jeder Zeit wohlwollendes Gehör und im Rahmen von Recht und Billigkeit auch Berücksichtigung finden werden.

Seltzam und unklug nennt das Frankfurter Blatt diese von Selbstüberhebung und Knechtsinn tiefende Erklärung. Die Versammlung wurde von folgenden Vereinen einberufen:

Vereinigung der Stations-Vorsteher und Verwalter der Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin (Vorl. Stations-Vorsteher Grünwald) — Deutscher Eisenbahn-Beamten-Verein Hannover, Bezirksverein Berlin (Vorl. Stations-Assistent Scharr) — Wohlthätigkeitsverein für Eisenbahn-Telegraphen-Beamten (Vorl. Nikolovsky, Ober-Telegraphist) — Verein deutscher Lokomotivführer, Kreis I. Berlin (Vorl. Führer Lokomotivführer Krentholtz) — Verein Berliner Lokomotivführer (Vorl. Lokomotivführer Katerlich) — Verband deutscher Eisenbahn-Wagenmeister und Verein der Wagenmeister in Berlin (Vorl. Führer Bramann, Wippenhuth, Wagenmeister) — Verein der Bahnsteigschaffner und Portiers (F. H. Joachim) — Verein der Eisenbahn-Wagenwärter (F. H. Gollinsky).

„Nur ein naives Gemüth, bemerkt angefaßt dieser Thatsache die „Frankf. Ztg.“, wird einen Protest dieser Vereine, die unter dem Einfluß der oberen Behörden stehen, als eine Kundgebung auch nur der Majorität des deutschen Eisenbahnpersonals ansehen. Welcher Geist diese Leute beherrscht, das erfieht man ja aus der gefaßten Resolution. Unter dem Vorwande, daß es sich bei dem Verbands der Eisenbahner nur um eine sozialdemokratische Macho handle, tritt man einer gewerkschaftlichen Organisation entgegen. Täuschen wir uns nicht: es ist eine Farce gewesen. Die Sache war kommandirt.“ — Wer von den in die Versammlung kommandirten Arbeitern oder Unterbeamten hätte es übrigens wagen sollen, unter den Augen der höchsten Beamten die ganze „Demonstration“ als das zu charakterisiren, was sie war: als faulen Zauber, wie das Organ der sozial und moralisch niedriger „stehenden“ Eisenbahner. „Der Weckruf“, das Arrangement recht treffend bezeichnet. Deshalb war vorher den kommandirten Eisenbahnarbeitern von den Führern des Hamburger Verbandes, um Maßregelungen zu vermeiden, ausdrücklich angerathen worden in dieser „Demonstrationsversammlung“ das Wort nicht zu ergreifen.

„Ich persönlich esse keine Heringe, mir ist es ganz egal!“ — So sprach in einer konservativen Versammlung zu Eberswalde ein Arbeiter Gärtner, als er gefragt wurde, wie sich der konservative Abgeordnete für Oberbarnim, Herr Pauli, zu dem Heringssoll stelle, der doch den Arbeitern ein notwendiges Lebensmittel verteuere. — Man sieht, daß es auch in Arbeiterkreisen noch schnurrige Käuze giebt. Besagter „Arbeiter“ meinte übrigens auch in einer Kriegervereinsversammlung: „Meine Herren, wir brauchen ja so nötig neue Schiffe — — —“ Hoffentlich dankt ihm Herr Tirpitz dafür telegraphisch.

Konservativer Parteitag. Die „Konservative Korresp.“ theilt für den am 2. Februar stattfindenden Parteitag folgende Tagesordnung mit: 1) Allgemeine Stellung der Partei. (Redner Herr Freiherr von Mantuffel-Kroffen). 2) Sozial- und Wirtschaftspolitik. (Redner: Die Herren Dr. Klasing-Bielefeld über Sozialpolitik und Graf von Kanitz-Podabend über Wirtschaftspolitik). 3) Reichstagswahlen. (Redner: Herr Graf zu Limburg-Sturum).

Wahrung der Postgeheimnisse. Zum Zweck der Steuereinsparung hat der Magistrat der Stadt Spandau beim Postamt angefragt, an wen und in welchen Beträgen Renten — die bei sonst noch erwerbsthätigen Personen bei der Steuer in Anrechnung zu bringen sind — durch das Postamt ausgezahlt würden. Das Postamt hat die Beantwortung abgelehnt. Der Magistrat hatte nach der „Volkz.“ bei der Oberpostdirektion Beschwerde darüber als unbegründet zurückgewiesen.

Zur lex Heinze veröffentlicht die „Volkz.“ eine prachtvolle Illustration. Es ist eine Erklärung, welche die katholischen Geistlichen zu Glaz vom Stapel gelassen haben. Sie lautet:

„Im Interesse der guten Sitte erheben wir entschieden Widerspruch dagegen, daß ein hiesiges Lokalblatt (Glazer Anzeiger Nr. 3), welches Hunderten von unerwachsenen Personen, selbst auch Kindern, zu Gesicht kommt, in einem Artikel Vorgänge in der Entwicklung des Menschen ausführlich behandelt, die ohne Gefahr für die Jugend nur in medizinischen und naturwissenschaftlichen Fachzeitschriften besprochen werden können.

Glaz, im Januar 1898.

Die katholischen Seelsorgsgeistlichen Weber. Rieger. Theuner. Zahlten. Wolf.“

Das Berliner Blatt bemerkt dazu treffend: „Das Glazer Blatt hatte wie tausend andere deutsche Zeitungen den Notiz genommen von den Schenklichen Erörterungen über die Vorherbestimmung des Geschlechts der Kinder. Die Herren Geistlichen haben also daran „Anstoß“ genommen, obwohl keine Zeitung für Kinder, sondern für Erwachsene geschrieben wird. Wenn nun bereits die lex Heinze im Sinne des Zentrums bestände, so würden alle die Tausende von Zeitungen, die über die angebliche Entdeckung Schenk's berichtet haben, der Konfiskation, sowie hohen Geld- oder Gefängnisstrafen verfallen, wobei allerdings

die ultramontanen Zeitungen, die sich jetzt für die lex Heinze erheben, in staltlicher Weise mit ausmarschirenden Würdnen! Diefem Schicksal würden auch alle diejenigen ultramontanen Zeitungen verfallen, die etwa im Anschluß an die Reichstagsverhandlungen über die Dinge seitartikeln, die bei der lex Heinze zur Sprache gebracht werden. Denn auch die Zeitungen mit derartigen Artikeln würden Kindern in die Hände fallen und demgemäß wider die „gute Sitte“ verstoßen.

Uebrigens, wenn es den „guten Sitten“ widersprechen soll, daß eine Zeitung von Dingen berichtet, die die „Entwicklung des Menschen betreffen“, so möchten wir fragen: Wie denkt man in Zentrumskreisen über gewisse, in katholischen Kreisen verbreitete Reichthümer, die den Kindern direkt in die Hände gegeben werden, und in denen mit Bezug auf das sechste Gebot Dinge behandelt werden, die auszumalen und auszubilden die reine und unschuldige Phantasie der Knaben und Mädchen erst durch die Letztüre der betreffenden Stellen angeregt wird? Möchten die Herren Zentrumsabgeordneten, die um die Sittlichkeit der Jugend so sehr bekümmert sind, nicht auch die Literatur dieser Art ein wenig unter ihre Lupe nehmen?

Schließlich können wir nicht umhin, den Herren Geistlichen der katholischen Kirche die größte Zurückhaltung in der Diskussion über Fragen des Geschlechtslebens zu empfehlen, da sie, wie wir annehmen müssen, in diesen Fragen vollständige Laien sind und daher Gefahr laufen, mit Phantasiegebilden zu operiren, wo die sozialpolitische Wissenschaft mit konkreter Erfahrungen zu rechnen hat.“

### Oesterreich-Ungarn.

Sachsen macht Schule. Das ungarische Ministerium des Innern hat, wie der „Freif. Ztg.“ aus Budapest mitgeteilt wird, das Konstitutionsgesuch eines Arbeiter-selbstbildungsvereins zurückgewiesen, weil die orthographischen Fehler des Gesuchs den Nachweis der Untauglichkeit der Antragsteller lieferten. Eine nette Zensur, welche dem Ministerium ausgestellt wird, das für die Volksschulbildung aufzukommen hat! Mecklenburg zur Nachahmung zu empfehlen.

### Frankreich.

Eine wichtige Kundgebung, welche zweifellos schwerwiegende Folgen nach der einen oder anderen Richtung hin haben wird, ist der offene Brief Zola an den Präsidenten der französischen Republik. Es will etwas heißen, und namentlich in Frankreich, in dieser Weise gegen den künstlich aufgeregten Akerpatriotismus und gegen das nationale Heiligthum der „Armee“ (allerdings handelt es sich in Wirklichkeit nur um eine Handvoll militärischer Bureaufurten, aber sie spielen nun einmal „die Armee“) und gegen die dreimaltheilige Justiz vorzugehen. Zola zeigt im Kampfe um das Recht eines seiner Ueberzeugung nach unschuldigen Menschen einen Grad von Muth, welcher ihm zur höchsten Ehre gereicht. Sein von flammender Entzürnung diktirter offener Brief nimmt in der „Aurore“ acht Spalten ein und stellt eine gradezu vernichtende Kritik der Mächenschaften dar, welche zur Verurtheilung des Dreyfus und zur Rechtfertigung des Esterhazy betrieben wurden.

„Ein Unheilsmensch hat die ganze Angelegenheit geführt. Alles ist durch den Obersten, damals Major du Paty de Clam, veranlaßt worden. Man wird den Fall Dreyfus erst dann kennen, wenn eine eingehende Untersuchung genau festgestellt hat, was dieser Offizier gethan hat und wofür er verantwortlich ist.“ Zola ergeht sich über die Mittel, die du Paty gebraucht hat, um Dreyfus im Gefängniß der Rue du Cherche-Midi in eine Falle zu locken; er erwähnt, wie du Paty dem Hauptmann Dreyfus den Wortlaut des Bordereaus in einem ganz mit Spiegeln behängten Zimmer diktirte. Da der Verfasser des Bordereaus ein Offizier vom Generalstab und von der Artillerie sein mußte, so hatte du Paty sich den Hauptmann Dreyfus zum Opfer erforen. Das wird nun seine Sache: er hat Interesse daran, Geständnisse herbeizuführen. „Der Kriegsminister, General Mercier, ein Mann von mittelmäßiger Begabung, General de Boisdeffre, dessen klerikale Leidenschaften bekannt sind, der Unterchef des Generalstabs, General Gonse, dessen Gewissen für Vieles der Verzeihung bedarf, sie Alle wurden von du Paty geführt, der sie hypnotisirt hat und der sich mit Spiritismus und Hypnotismus abgiebt und auch mit den Geistern im Verkehr steht. Man wird niemals die Verjuche begreifen, die du Paty an Dreyfus angestellt, und die Nachstellungen, denen er ihn unterworfen hat. Die Untersuchung geschah so, wie man es bei den Chronisten des 15. Jahrhunderts lesen kann, im vollen Dunkel, mit einer erschrecklichen Zusammenstellung von Hülfsmitteln, auf der Grundlage des Bordereaus, das eine kindische Belastung war, das keinen Berrath ergiebt, sondern eine unerschämte Fälschung. Ich möchte den Finger darauf legen, wie der Justizirrtum möglich, wie Mercier, Boisdeffre und Gonse sich gewinnen lassen konnten und ihre Verantwortung mehr und mehr an diesen Justizirrtum hesteten. Anfangs war es bei ihnen nur ein Mangel an Urtheil, nach und nach jedoch überwogen die religiösen Leidenschaften und die Vorurtheile des Korpsgeistes, und diese Männer ließen Alles geschehen.“ Zola bespricht das Verfahren im Prozesse Dreyfus, die Schwäche der Anklageschrift. Die Ankläger hatten keine Beweise, allein sie hegten Frankreich auf, versteckten sich hinter eine leicht zu schaffende Erregung und fälschten die Gemüther. Der Verfasser beleuchtet ferner die Aufdeckung des neuen Berraths durch Picquart im Kriegsministerium. Picquart theilte seinen Vorgesetzten seine Wahrnehmungen mit und überzeugte den General Gonse und den Kriegsminister von der Schuld Esterhazy's. Niemand bezweifelt mehr, daß das Bordereau von der Hand Esterhazy's war. „Die Nachforschungen Picquart's hatten zu Feststellungen geführt, die unvermeidlich zu der Wiederaufnahme des Ver-

fahrens gegen Dreyfus führen mußten.“ Der Generalstab indes wollte um keinen Preis davon wissen. Da gab es eine Minute der Beklemmung für den General Willot, der selbst nicht bloßgestellt war und frisch eintrat. Er konnte Licht schaffen, allein in der Angst, den ganzen Generalstab preiszugeben, Boisdeffre, Gonse und die Untergeordneten alle zusammen, hemmte der Kriegsminister die Justiz. Seither ist seine Verantwortung nur angewachsen. Er hat das Verbrechen der anderen auf sich genommen. Ja, er ist noch schuldiger als sie, denn er hatte es in der Hand, Gerechtigkeit walten zu lassen und hat es nicht gethan. Es ist nun ein Jahr her, daß Willot, Boisdeffre und Gonse wissen, daß Dreyfus unschuldig ist. Wahrscheinlich, man würde nicht sagen, daß sie Frauen und Kinder haben, die sie lieben. Man entfernte Picquart, man rückte ihn in immer weitere Ferne, bis nach Lunetten, und man wollte ihm eine Sendung geben nach den Gegenden, wo der unglückliche Marquis de Morès den Tod gefunden hat, und von wo er gewiß nicht zurückgekehrt wäre. Inzwischen aber ging in Paris die Wahrheit voran. Mathieu Dreyfus und Scheurer-Kestner brachten ihre Anschuldigungen vor, und nun erscheint Esterhazy. Man steht ihn zuerst in höchster Verwirrung, zum Selbstmord oder zur Flucht bereit, dann auf einmal erkühnte er sich. Es ist ihm Hülfz zugefloßen. Er hat einen anonymen Brief erhalten, der ihn über das Vorgehen seiner Feinde unterrichtet. Eine geheimthuende Dame kommt und übergiebt ihm ein im Generalstab gestohlenen Schriftstück, damit er sich verteidige. Ich erkenne darin den Oberst du Paty de Clam wieder, denn in dieser geheimnißvollen Angelegenheit erblicke ich seine fruchtbare Einbildungskraft.“ Zola vergleicht alsdann die Personen Esterhazy's und Picquart's mit einander und ruft aus: „Wir wohnen einem nichts-würdigen Schauspiel bei. Ein mit Schulden und Verbrechen bedeckter Mensch wird für unschuldig erklärt, während ein Mann von unbescholtenem Lebenswandel verurtheilt wird. Wenn die Gesellschaft auf den Punkt gelangt ist, so ist sie der Ferkelung nahe.“ Von dem Kriegsgericht, das Esterhazy freigesprochen hat, sagt er, daß es aus Disziplin gehandelt habe; nachdem ihm die Erklärung des Kriegsministers Willot über die Schuld des Dreyfus eingepreßt worden sei, habe es nicht anders handeln können. „Der Chef hatte gesprochen, der Chef hat die res judicata als unantastbar erklärt und seine Untergebenen mußten ihm folgen. Das ist die einzige Entschulldigung des Kriegsgerichts. Man spricht von der Ehre der Armee, aber es handelt sich nicht um die Armee, die das ganze Volk Frankreichs ist; es handelt sich einfach um die Säbelschlepper. Die Dreyfus'sche Geschichte ist ein Werk der Bureaufurten des Kriegsministeriums.“

Zum Schluß formulirt Zola seine Erklärungen folgendermaßen: „Ich klage den Oberstlieutenant Bellieur an, der diabolische Urheber des Gerichtsirrtums gewesen zu sein, und zwar unwissentlich, dann aber sein Werk während dreier Jahre durch die absonderlichsten und schuldbarsten Mächenschaften verteidigt zu haben. Ich klage den General Mercier an, durch seine Geisteschwäche sich der größten Ungerechtigkeit dieses Jahrhunderts mitschuldig gemacht zu haben. Ich klage den General Willot an, Beweise der Unschuld Dreyfus' in den Händen gehabt, sie aber unterdrückt und so das größte Verbrechen an der Menschlichkeit und Gerechtigkeit auf sich geladen zu haben, um den belasteten Generalstab zu retten. Ich klage die Generale Boisdeffre und Gonse an, an demselben Verbrechen mitschuldig zu sein, der Eine wegen seines leidenschaftlichen Klerikalismus, der Andere wegen seines Kasteigeistes, für den das Kriegsgericht eine unantastbare heilige Urthe ist. Ich klage Bellieur und Kavaray an, eine verbrecherische und ungeheuerlich parteiische Untersuchung geführt zu haben; diese Ungerechtigkeit leuchtet förmlich aus dem Berichte Raouy's hervor, der ein Denkmal naiver Unmaßung ist. Ich klage die drei Schriftkundigen im Prozesse Esterhazy an, lügenhafte und betrügerische Berichte ausgearbeitet zu haben, wenn nicht eine ärztliche Untersuchung beweist, daß sie augen- oder geisteskrank sind. Ich klage die Bureaus des Kriegsministeriums an, in der Presse, besonders im „Eclair“ und im „Echo de Paris“ einen abscheulichen Feldzug geführt zu haben, um die öffentliche Meinung irre zu führen und ihre Fehler zu decken. Ich klage das erste Kriegsgericht an, das Recht verlegt zu haben, indem es einen Unschuldigen auf Grund geheim gebliebener Beweismittel verurtheilte. Ich klage das zweite Kriegsgericht an, diese Ungefehllichkeit auf Befehl gedeckt und seinerseits das Verbrechen begangen zu haben, wissentlich einen Schuldigen freizusprechen. Indem ich diese Anklagen formulire, weiß ich genau, daß ich gegen die Bestimmungen der Artikel 30 und 31 des Preßgesetzes vom Jahre 1881 über Verleumdung mich vergehe, bemerke aber, daß ich mich freiwillig dieser Bestrafung aussetze. Was die Personen angeht, die ich anklage, so erkläre ich, daß ich sie nicht kenne, sie nie gesehen habe und gegen sie weder Haß noch Rachegefühl empfinde. Diese meine Handlungsweise ist nur ein revolutionäres Mittel, um den Ausbruch der Wahrheit und Gerechtigkeit zu beschleunigen. Ich habe nur eine Leidenschaft, die des Lichtes und der Wahrheit, handle im Namen der Menschheit, die so viel gelitten und die ein Recht auf Glück hat. Mein flammender Einspruch ist weiter nichts als ein Schrei meiner Seele. Man möge doch nur den Muth haben, mich vor ein Schwurgericht zu

ziehen und möge die Untersuchung im vollen Tageslicht stattfinden lassen. Ich warte."

Auf die Anklage, die Zola erhebt, weiß die offizielle Presse nichts Anderes zu erwidern, als daß sie die Verhaftung Zolas oder seine Ueberführung in eine Irrenanstalt verlangt. Inbessenen kann man mit einem Manne von der Bedeutung Zolas nicht so umspringen, wie mit einem unbequemen Offizier.

Wie schon kurz gemeldet, hat sich bereits die Kammer mit der Angelegenheit beschäftigt. Aus der Rede des Sozialisten Faures sei folgende Stelle hier erwähnt: „Weßhalb hat der Kriegsbrath die Oeffentlichkeit ausgeschlossen? Weßhalb hat man nicht das Land zum Richter der Ereignisse machen wollen? Thun sie was sie wollen, sie werden die Herrscherhäupter ihrer Verantwortlichkeiten nicht entledigen. Wenn es wahr ist, daß in der gewissen Strafsache Regelwidrigkeiten begangen wurden, so hätten diese im Interesse des Vaterlandes begangenen Umsturzhandlungen von den verantwortlichen Gewalten stolz eingestanden werden müssen. Statt dessen verlangen sie Dunkelheit und Geheimniß. Die Militärbehörde schließt heharrlich die Oeffentlichkeit aus und läßt gleichzeitig zu den Zeitungen, um im Namen der Landesverteidigung ihren Schutz zu entziehen. Alphonse Humbert (Voulangist): Das ist falsch! Ich leugne es. (Lärm bei den Sozialisten.) Faures: Und was machen Sie mit dem Besuch Pauffins, des Ordonaus-Offiziers Boisdeffre, bei Rochefort? (Großer Lärm.) Mit solchen Mißbräuchen will ich nichts gemein haben. Eine der großen Errungenschaften der Umwälzung ist die Unterordnung des Heeres unter die bürgerliche Gewalt. Nehmen Sie sich in Acht! Sie sind auf dem Wege, die Republik den Generalen auszuliefern. (Händeklatschen links, die Rechte tobt.)

Cavaignac sagte, Villot hat seine Pflicht nicht gethan. Im Kriegsministerium giebt es einen Bericht des Offiziers, der bei der Urtheilsvollstreckung das Schuldgeständniß Dreyfus entgegennahm, warum veröffentlicht Villot diesen Bericht nicht? oder ist die Geschichte nicht wahr? Méline: Wenn wir nach Cavaignac's Wünschen gehandelt hätten, würden wir das Verfahren gegen Dreyfus wieder aufgenommen haben, wie Scheurer-Kestner es wünschte. Wir sind innerhalb des Rechts geblieben. Wäre Cavaignac an der Gewalt, er hätte gehandelt wie wir.

Nach einem Durcheinander von Tagesordnungen nahm die Kammer mit 312 gegen 122 Stimmen folgende an: Die Kammer billigt die Regierungserklärungen und rechnet darauf, daß die Regierung die nöthigen Maßregeln zu treffen wissen wird, um dem Feldzug gegen die Ehre des Heeres ein Ende zu machen.

Der Major Esterhazy scheint indessen dem Frieden nicht recht zu trauen; er hat sich pensioniren lassen, angeblich, um seinen Gegnern gegenüber freie Hand zu haben.

## Asien.

Trübe Nachrichten aus Indien. Eine britische Vermessungs-Abtheilung unter der Führung des Hauptmanns Burn, die aus über 200 Trägern und Signalisten bestand, wurde im Mekran-Distrikt (im Belutschistan, längs der Küste des Indischen Ozeans) von aufständischen Bergstämmen angegriffen. Der westliche Theil von Mekran, das große Sandwüste, steile, dürre Gebirge, aber auch fruchtbare Thäler umfaßt, ist mit dem persischen Reiche vereinigt. Eine Anzahl der eingeborenen Soldaten, welche die Abtheilung begleiteten, wurde getödtet und viele verwundet. Dem Hauptmann Burn gelang es, auf einem Kameel zu entkommen und nach einem Ritt von 130 Meilen Ormara, einen Ort in Belutschistan an der Küste von Mekran, zu erreichen. Der Aufstand der Stämme richtet sich gegen den Khan von Khetlat; Ormara ist bedroht. Die Truppen des Khans halten das Fort Kasirabad besetzt.

Belutschistan (zwischen 24° 50' bis 30° 20' n. Br. und 61° 20' bis 69° 50' ö. L.), im Norden von Afghanistan, im Osten von Vorderindien, im Westen von Persien, im Süden vom Indischen Ocean begrenzt, etwa 315 000 Quadratkilometer groß, steht im Westen seit 1872 unter persischer Oberhoheit. Das Gebiet von Duetta haben seit 1876 die Engländer, den Rest des Landes „beherrscht“ der Khan (Fürst) von Khetlat.

Im Distrikte Gudschrat an der Nordwestküste Indiens sind ernste Unruhen ausgebrochen. 5 Sepoys (eingeborene Soldaten) wurden getödtet. Auch verlaunet, daß ein englischer Beamter schwer verwundet sei. Von Ahmedabad sind 300 Mann Soldaten an Ort und Stelle gesendet worden.

## Lübeck und Nahrungsgeliebte.

17. Januar.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern der Filiale Lübeck die Sperre verhängt worden. Das Streikomitee.

S. A.:

R. Schenk, Lederstraße 3.

Lübeckische Staatslotterie. Unser Hamburger Parteiorgan bemerkt zu dieser Frage treffend: „Die Lotteriefrage liefert auch einen Beitrag zur Charakteristik der offiziellen und Amtsblattpresse. So lange der Senat dem Lotteriprojekt abgeneigt war, gingen die „Lübeck. Anzeigen“ gegen dasselbe in's Zeug, indem sie die Aufbringung von Staatsmitteln durch eine Lotterie als unmoralisch bezeichneten. Jetzt, nachdem der Wind in den oberen Regionen anders weht, erklärt das Blatt, daß seine früher ausgesprochenen Befürchtungen sich nicht

als zutreffend erwiesen hätten, und schreibt dann weiter:

„Vor der Thatsache des Beschlusses stehend, hoffen auch wir nunmehr, daß sich die Lotterie als das erweist, was man allseitig von ihr erhofft, da sie den in neuerer Zeit besonders stark in Anspruch genommenen Staatsfinanzen eine Aufbesserung schafft und eine geringere Inanspruchnahme der Steuerzahler — deren weitere Heranziehung sonst wohl kaum ausbleiblich gewesen wäre — herbeiführt.“ — O, diese Wetterfahnen! — Es gilt hier eben das alte Wort: „Der Wind muß!“ Wie sagt doch Klaus Groth?

„De Hahn, de up sin Misten steiht, de kann wull kreih'n und schreien,  
Doch up den Klockenthurm de Hahn, de mutt sit dreih'n — un swiegen!“

Und bisweisen müssen die bürgerlichen Preßhähne doch auf Kommando trahen — freilich klingt dann ein ganz eigenartiges „Kikeriki“ aus ihren eingerotheten Kehlen!

Ein neues Stadttheater fordert im „Sprechsaal“ des Amtsblattes „Ein Eingeweihter“. Wir geben ihm in seinen Ausführungen, welche die Unzulänglichkeit des jetzigen Wuhentempels in der Beckergasse geisteln, vollauf Recht. Aber wenn man seinen Wunsch erfüllt, ginge ja mindestens für ein Jahr die präsumtive Einnahme aus der Kultur der Niebelischen „Giltplanze“, vulgo Staatslotterie, stöten! Dann wäre es mit der Steuererleichterung auch wieder nichts; denn für die nächsten Jahre liegen noch viele wichtige Aufgaben vor. Wir erinnern nur daran, wie dringend notwendig es wäre, ein den Anforderungen der modernen Hygiene entsprechendes Gefängniß an Stelle des mittelalterlichen Burgverließes zu schaffen, wir erinnern an die geringen Gehälter der Unterbeamten u. v. a. m. — Wie wär's damit — sancta Lubeca?

Tiefer hängen! Aus dem Reichstage läßt die „Eisenbahn Zeitung“ sich über Stadthagen's Rede u. A. schreiben:

Der neben ihm sitzende Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“, Dr. Kropatschek, mußte einige Citate aus seiner eigenen Zeitung mit anhören, welche zeigten, daß Kropatschek's „Vorfahren“ über den Eid verschiedener Meinung gewesen sind. Das ist indessen bei den Genossen des Herrn Stadthagen gerade in dieser Frage auch der Fall.

Es ist bezeichnend für das Blatt, daß es dieser erbärmlichen Gemeinheit anstandslos Aufnahme gewährt. Einer Widerlegung bedarf die Lage nicht.

Gut unterrichtet ist der Hamburger T.-Korrespondent der „E. B.“ über die Beteiligung der Hamburger Sozialdemokratie an den Bürgerstimmwahlen. Er behauptet, sie hätten „ihrem Programm getreu“, die Namen von 40 Kandidaten zur Wahl gestellt. Ein Blick in den „Lüb. Volksb.“ hätte die „E. B.“ davon überzeugen können, daß ihr Handlanger wieder einmal vom hellen Tag nichts weiß.

Untersuchung soll nach der „Eisenb.-Blg.“ gegen den Assistenzarzt des hiesigen Irrenhauses, Herrn Dr. Wien, eingeleitet worden sein. Derselbe wird angeblich beschuldigt, für Insassen der Anstalt bestimmte Neujahrsbriefe vernichtet zu haben.

Die „E. B.“ erhält hierzu nachstehende Zuschrift: „In Ergänzung unserer gestrigen Notiz über eine eingeleitete Untersuchung gegen einen Herrn Dr. W. wegen Sachbeschädigung (Zerreißen von Neujahrskarten) können wir aus bester Quelle bestimmt mittheilen, daß es sich um die Vernichtung einiger Anstöß erregender und theilweise sogar gemeiner Karten handelt. Dieser Schritt ist vom sittlichen Standpunkte nur zu billigen und dürfte bei Lage der Verhältnisse vom Rechtlichen kaum zu verurtheilen sein.“

Ei, das wäre! § 303 des St.-G.-B. besagt: „Wer vorsätzlich und rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängniß bis zu 2 Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.“

Fraglich ist, ob auch § 299 des St.-G.-B. (Verletzung des Berufsgeheimnisses) in Anwendung zu bringen wäre.

Aus dem Gewerbegericht. Die Gewerbegerichtsverhandlungen, die seit Neujahr stattfanden, boten im Einzelnen wenig Interessantes. Beachtenswerth bleibt nach wie vor die „Kundschaft“, wenn man sich so ausdrücken darf, welche hauptsächlich vor dem Gewerbegericht erscheint. Wir haben auch im vorigen Sommer bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß das Bäckergerwebe in dieser Hinsicht voranmarschirt, während es sonst allüberall im Hintertreffen zu sein pflegt. Auch im neuen Jahre führte es sich gut ein. Am Freitag, den 7. ds. Mts., waren von 8 Fällen 4, welche Streitigkeiten zwischen Bäckermeistern und Knechten betrafen. Ein Augenzeuge jener Sitzung schreibt uns dazu u. A. noch:

„Zu der Verhandlung war auch der ganze Innungsstab — öffentliche und geistliche Leiter — zum Zuschauen erschienen. Man freute sich anscheinend sehr über das fische Aussehen der Herren Kollegen. Der Fall Mollenhauer gegen Studier fürderte endlich einmal vor Gericht die ungläubliche Thatsache zu Tage, daß ein Bäckerknecht pro Monat sage und schreibe 12 Mk. Lohn erhielt. Sind denn nicht knappe 3 Mark wöchentlich für einen erwachsenen Menschen ein wahrer Hungerslohn? Von diesen paar Groschen soll er Wäsche und Kleidung und Fußzeug u. s. w. und womöglich noch Krankentassen und Alters- und Invaliditätsbeiträge befreiten, für diese paar Groschen muß er des Nachts helfen und sämtliche Arbeiten verrichten. Kann man sich da wundern, wenn alle Augenblicke ein Bäckerknecht, der Unterschlagung beschuldigt, die Anklagebank zielt, muß man sich da nicht vielmehr wundern, wenn solche Menschen überhaupt noch ehrlich bleiben? Hier liegt ein unheilbarer Krebsgeschwür vor, dessen Verjüngung im Interesse der einzelnen Beteiligenden sowohl, wie der Gesamtheit liegt. Möge Jedermann den Arbeitern des Bäckergerwebes den rechten Weg zeigen, indem er sie an die Organisation verweist, die einzig und allein im Stande ist, hier Wandel zu schaffen.“

Beachtenswerthe Auslassungen, deren Schlußfolgerungen wir uns durchaus anschließen.

Wieder eingefunden haben sich, wie uns mitgetheilt wird, der Arbeiter und die Arbeiterin, welche auf der

Fabrik von Emers u. Co. seit einiger Zeit vermist wurden. Sie sollen mit offenen Armen aufgenommen worden sein. Demnach scheint das nicht nur auf genannter Fabrik, sondern in der ganzen Stadt verbreitete, auch von uns unter Reserve mitgetheilte Gerücht unbegründet gewesen zu sein, was im Interesse der Beteiligten als erfreulich zu bezeichnen wäre.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, den 24. Januar 1898, Vormittags 10 Uhr, im Bürgerstimmlokal des Rathhauses statt.

Vom Tage. Gestohlen wurde am 12. d. Mts. im Schlüsselbuden ein Korb mit 17 vollen Brodbenteln.

Ein unbedeutendes Feuer, welches von den Hausbewohnern wieder gelöscht werden konnte, entstand Sonnabend Nachmittag in einem Hause am Langen Lohberg.

„Die versankene Glocke“ von Gerhard Hauptmann wurde gestern Abend im Stadttheater vor nahezu leerem Hause abermals aufgeführt. Eine eingehende Besprechung behalten wir uns für die morgige Nummer vor.

Cirkus Variete, Neuteufelung. Der 8. Spielplan für 1898 dieses beliebten Vergnügungs-Etablissements bringt für das Publikum durchweg Neues und wirklich Sehenswerthes. Da ist z. B. der deutsche Clown Figg, der in der originellsten Weise mit seinen drastischen, treffenden Späßen sogar die „hohe Politik“ streift, zugleich seine niedlichen „Freunde“, als da sind Hunde, Fiegen, Gsel und 4 Gänse in vollendetester Dressur vorführend. Neben diesem vorzüglichen Artisten und Heinrich Kalberg mit seinen neuen lokalen Couplets — die von dem ausverkauften Hause natürlich mit wahren Gaudium aufgenommen wurden — bemüht sich sämtliche Künstler und Künstlerinnen mit größter Lust und Liebe ihren ebenso eleganten als schwierigen Aufgaben gerecht zu werden. Den sich für prachtvolle Toiletten interessirenden Damen empfehlen wir — die internationale Transformations-Tänzerin Frä. Lilli Bertolotti mit ihrem Besuch zu besuchen, denn deren großartige Nationalkostüme stellen alles bisher Dagewesene in Schatten. Der Raum verbietet uns leider für dieses Mal alle Künstler zu benennen, doch empfehlen wir diese Vorstellungen dem Publikum angelegentlichst.

Berufsgeoffenschaftliches. Auf Grund des § 22 des Berufsgeoffenschaftsstatuts wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die den Vorstand der Sektion Lübeck schleswig-holsteinischer landwirthschaftlicher Berufsgeoffenschaft bildende Kommission für land- und forstwirthschaftliche Unfallversicherung seit dem 8. d. M. aus nachbenannten Mitgliedern besteht: Senator Dr. jur. Fehling, Vorsitzender; Senator Dr. jur. Stoos, Stellvertreter des Vorsitzenden; Heinrich Matthias Wilhelm Eckhoff zu Lübeck; Johannes Heinrich Behn zu Lübeck; Friedrich Christian Lauenstein zu Schönböden; Johann Heinrich Karl Krüger zu Cronsförde; Heinrich Otto Wilhelm Beckhoff zu Neede; Johann Friedrich Heinrich Böge zu Schlutup.

Konkursöffnung. Ueber das Vermögen des Schneidermeisters August Johannes Heinrich Steffen in Lübeck, Fackelburger Allee 10 b, ist am 14. Januar 1898, Nachmittags 2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwält Wenrowitz in Lübeck wird zum Konkursverwalter ernannt.

Handelsregister. Am 14. Januar 1898 ist eingetragen: auf Blatt 1103 bei der Firma „Johs. Bartels“: Die Firma ist erloschen.

Hanseatische Invaliditäts- u. Altersversicherung. Anträgen auf Gewährung von Renten sind eingegangen: a. an Altersrenten seit dem Jahre 1891 bis Ende Novbr. 1897 zusammen 3241, b. an Invalidenrenten seit 1892 bis Ende Dezbr. 1897 zusammen 4047, mithin seit Beginn des Jahres 1891 7209 Rentenansprüche. Von den Anträgen auf Altersrente entfallen auf das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck 562 und von den Anträgen auf Invalidenrente auf Lübeck 445. Von den Anträgen auf Altersrente sind bis Ende Dezbr. 1897 erledigt 3244, und zwar 2817 durch Rentengewährung, 377 durch Ablehnung und 48 auf sonstige Weise. Von den Altersrentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 812, von diesen sind verstorben 772. Von den Anträgen auf Invalidenrente sind bis Ende Dezbr. 1897 erledigt 3907 und zwar 2905 durch Rentengewährung, 874 durch Ablehnung und 129 auf sonstige Weise. Von den Invalidenrentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 853, von diesen sind verstorben 791. Auf Lübeck entfallen 348 Alters- und 243 Invalidenrenten. Die Jahressumme der bis jetzt gewährten Renten macht 833351.— Mk., von welchem Betrage 231602,40 Mk. für die inzwischen ausgeschiedenen Rentenempfänger abzusetzen sind. An Anträgen auf Rückzahlung der Beiträge sind eingegangen: Anträge gemäß § 30 des Gesetzes: im Laufe des Jahres 1895 425, im Laufe des Jahres 1896 2302, im Laufe des Jahres 1897 2226, zusammen 5953; Anträge gemäß § 31 des Gesetzes: im Laufe des Jahres 1895 83, im Laufe des Jahres 1896 877, im Laufe des Jahres 1897 609, zusammen 1069. — Von diesen 7022 Anträgen entfallen auf Lübeck 544. Davon sind erledigt durch Rückzahlung 5999, durch Ablehnung 560, auf sonstige Weise 77, zusammen 6626, mithin unerledigt 386.

Heilstätten für Augenfranke. Am 1. Dezember vorigen Jahres waren auf Kosten der Hanseatischen Versicherungsanstalt (zum Theil auch mit Zuschuß von Krankentassen) in Heilstätten für Augenfranke, in sonstigen Kurorten und in Krankenhäusern 148 Versicherte untergebracht. Aufgenommen wurden im Laufe des Monats Dezember 28, zuf. also 176 Versicherte. Davon wurden im Laufe des Monats Dezbr. 77 Versicherte entlassen, mithin befanden sich am Schlusse des Monats in Heilbehandlung 99 Versicherte, und zwar aus dem Gebiete von Lübeck 7. Bremen 16, Hamburg 76. Außerdem mußten im Laufe des Monats 29 Anträge als ungeeignet zurückgewiesen werden.

Serrenwyl, das kleine, Schlutup gegenüber hübsch gelegene Dörfchen, wird vielleicht der neuen Bahn weichen müssen. Der Grund und Boden ist vom Staate angekauft. Man gefällt sich übrigens in dieser Angelegenheit in ganz eigenartigen Projekten. Uns will schier bedünken, daß, wenn man so fortfährt, die Bahn auf das Wahlergebniß keinen besonders großen Einfluß haben wird!

Guttau (bei Ahrensböck). Er schossen hat sich in der Nacht auf den 11. d. Mts. auf einer seiner Koppeln Herr Richard Wüller. Das Motiv seiner That ist unbekannt, doch wird allgemein angenommen, daß Furcht

vor Strafe ihn zu dem Schritt getrieben hat. Er hatte nämlich in angeheiteter Stimmung den Arbeiter Andreas Schacht aus Gniffau mit einer Peitsche arg mißhandelt und war deshalb am 6. d. M. vom Schöffengericht zu Segeberg zu einer sehr empfindlichen Strafe verurtheilt worden. Von besonderem Monnesmuth wurde unter diesen Umständen der Selbstmord nicht im Geringsten zeugen.

**Hamburg. Bestrafte Einfall.** Der „G. A.“ weiß zu berichten, daß ein in St. Georg wohnender Barbier, dem wegen eines formellen Versehens seinerseits die Invalidenpension, die ihm als Militärainvaliden zustand, verloren ging, sich mit einem „Gnadengesuch“ um Bewilligung der Pension direkt an den deutschen Kaiser wandte. Das Gesuch kam auf dem Instanzenwege durch das Bezirkskommando in Hamburg abschlägig beschieden zurück. Gleichzeitig aber wurde der Barbier zu drei Tagen Militärarrest verurtheilt, weil er sich unter Umgehung des vorgeschriebenen Dienstweges unmittelbar an den Kaiser gewandt hatte. Er glaubte nun in seiner Einfall, daß er als Zivilist nicht militärisch bestraft werden könnte, und stellte sich deshalb nicht zum Arrest. Da wurde er auf Ersuchen des Bezirkskommandos von der Polizei aufgefordert, sich im Arreststalle in der Kaserne einzufinden. Er sah seine drei Tage ab. Kaum entlassen, wurde er wieder vor das Bezirkskommando befohlen, wo ihm weitere fünf Tage Arrest wegen Ungehorsams zubüßert wurden.

**Hamburg. Flottenwörmann** erhält von der „Frei. Bl.“ das Zeugniß, daß er wenig geeignet war, in der Kaiserhofdemonstration der Geldsäcke als besonderer Vorkämpfer für den deutschen Auslandhandel hervorzutreten, „denn sein Schnapsexport nach Westafrika ist ein sehr bedenkliches Kulturmittel und giebt den Missionaren und allen denjenigen, die im wirklichen Kulturinteresse dort thätig sind, fortgesetzt Anlaß zu den lebhaftesten Beschwerden.“ — Stimmt!

**Hamburg. Unredliche Kassierer.** Der Kassierer der Filiale Barmbeck der Gold- und Silberarbeiter-Frankenkasse und der Kassierer der Stadtfiliale sollen wegen Unterschlagungen verhaftet worden sein.

**Hamburg. Als Reichstagskandidat** für den zweiten Hamburger Wahlkreis ist von unserer Seite der bisherige Vertreter, Genosse F. S. W. Dieß - Stuttgart, wieder aufgestellt worden.

**Hamburg. Die Hamburg-Amerika-Linie** will sich um eine Reichssubvention bewerben. Die „Börse“ bringt folgende Mitteilung: „Die Errichtung der Ostasiatischen Fahrt der Hamburg-Amerika-Linie hat vielfach zu der Vermuthung Veranlassung gegeben, daß es sich um eine mit den subventionirten Postdampferlinien in Konkurrenz tretende Passagierdampferfahrt handle. Nach den von uns bei der Hamburg-Amerika-Linie eingezogenen Erkundigungen wird die zur Zeit in's Leben

tretende Linie über den Rahmen einer gewöhnlichen Frachtdampferfahrt nicht hinausgehen. Dagegen beabsichtigt die Gesellschaft im Einvernehmen mit dem Norddeutschen Lloyd zu Bremen bei der durch die neue Vorlage dem Reichstage in Vorschlag gebrachten Vermehrung der subventionirten Postdampferfahrten um eine Beteiligung zu bewerben, damit auch von Hamburg aus eine direkte Passagier- und Postdampferverbindung mit Ostasien geschaffen werde.“ — Die Hamburg-Amerika-Linie will eben auch von der „Weltpoliti“ etwas profitieren.

**Hamburg. Preßgesindel.** Die „Hamb. Nachr.“ suchen das bekannte Verfahren des Grafen Manxau gegen den Inspektor Bruns dadurch zu rechtfertigen, daß sie allerhand ältere Fälle erzählen, in denen sich Zeitungsberechtigter in Friedrichsbau zudringlich benommen haben. Einmal sei der Fürst Bismarck, als er auf seinem Balkon saß, von einem Reporter formlich überfallen worden; da habe der Fürst seinen Stock erhoben und den Interwiewer mit drohender Stimme hingewiesen. Mehrfach sei es vorgekommen, daß Zeitungsberechtigter ihr Gesicht gegen die Fenster der Wohn- und Schlafzimmern gedrückt haben, um sich über die Vorgänge zu informieren. — Derartige Gesindel ist allerdings nichts Besseres werth, als einen kräftigen Tritt in eine bestimmte Gegend des Körpers.

**Hamburg. Die Beleidigungsklage** des Inspektors Bruns gegen den Grafen Manxau ist dem Beklagten in Friedrichsbau zugestellt worden. Die Klage ist bei dem Amtsgericht Schwarzenbek anhängig.

**Altona. Eine große Protestversammlung** gegen die Marinevorlage fand Donnerstag Abend in Koppelmann's Salon statt. Dieselbe war von reichlich 3000 Personen besucht, zahlreiche Besucher mußten wieder umkehren. Genosse Frohme referirte unter stürmischen Beifall. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die am 13. Januar in Koppelmann's Salon tagende, von reichlich 3000 Personen besuchte Volksversammlung protestirt mit aller Entschiedenheit gegen die von der Regierung projektirte Vermehrung unserer Kriegsmarine, weil sie für die Vermehrung in's Feld gestrichen Gründe nicht anzuerkennen vermag. Sie sieht in der Ausführung des Regierungsprojektes eine schwere Schädigung des werththätigen Volkes, indem dieses es wieder sein wird, welches die entstehenden kolossalen Lasten durch neue Blut- und Günteuern zu tragen hat.“

Der Vertrauensmann forderte sodann noch zu lebhafter Beteiligung an den Geldsammlungen für die bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen auf.

**Riel. Der „Englischen Garten“** ist im Zwangsverkauf für 200 000 Mark an die Schulischen Erben verkauft worden. An diesem größten Saal-Tablissement sind 200 000 Mk. verloren worden.

**Hendburg. Mandatswilde.** Der freisinnige Reichstags-Abgeordnete Lorenzen in Büdelsdorf hat nunmehr bestimmt eine Wiederwahl abgelehnt.

**Lübtheen.** Ueber den jetzigen Stand der Arbeiten am mecklenburgischen Kalisalzwert Jessenitz erhält die „Meckl. Bl.“ eine längere Zuschrift aus sachkundiger Feder, der wir folgende Angaben entnehmen: Das Jahr 1897 hat mit einem bedeutsamen Abschnitte des Jessenitzer Schachtbau-Betriebes abgeschlossen: gerade am letzten Tage des Jahres ist nämlich die Abbohrung des Salzschatzes in einer Tiefe von 280 Meter unter der Erdoberfläche beendet worden. Bis 260 Meter bohrte man im Gipfel, die letzten 20 Meter dagegen im Steinjalz; dabei hat das Bohrloch den erstaunlichen Durchmesser von etwa 5 Meter. Jetzt soll der Bohrschacht noch ganz und gar mit einem wasserdichten Ausbau aus gußeisernen Ringen von 4,1 Meter lichtigem Durchmesser versehen werden. Schon seit vielen Monaten brachte die Eisenbahn fast alltäglich solche Ringe heran, welche wegen ihrer außerordentlichen Dimensionen aufstießen. Jeder einzelne Ring war auf besonders dazu konstruirten Waggons in aufrechter Stellung verladen und erreichte so eine derartige Höhe, daß der Waggon eben noch die Eisenbahndurchlässe, Tunneln u. s. w. passieren konnte. Beim Jessenitzer Bahnhofe lagern gegenwärtig zweihundert solcher Ringe, welche von weitem ähnlich den Panzerthürmen unserer Kriegsschiffe aussehen und zusammen das respektable Gewicht von mehr als zwei Millionen Kilogramm ausmachen sollen. Natürlich erfordert der Einbau dieser ungeheuren Eisenmasse noch entsprechende Zeit; auch soll alsdann der größeren Sicherheit wegen der hohle Raum zwischen Eisen und Gestein noch mit Cement vergossen werden. Erst wenn dieser Cement gehörig erhärtet ist, will man das Wasser aus dem Schachte vollständig und dauernd entfernen. Nach Erkundigungen an kompetenter Stelle glaubt man, alle diese Arbeiten in 5 bis 6 Monaten zu beendigen, so daß also im Sommer dieses Jahres die Salzförderung im Jessenitzer Schachte endlich dürfte eröffnet werden können. Dann wird jedenfalls der Flecken Lübtheen und Umgegend einen neuen Aufschwung nehmen. Schon jetzt wird die allmähliche Einstellung einer größeren Zahl von Arbeitern nöthig.

**Güfrow.** In der Ortschaft Lüstow sind, wie dem „Fremdenblatt“ gemeldet wird, sechs Schulkinder auf dem Dorsteiche durch die dünne Eisschicht eingebrochen, wobei drei Mädchen ertranken. Die übrigen 3 Kinder konnten gerettet werden. Die Ertrunkenen stehen im Alter von 8 bis 13 Jahren.

**Waren.** Wie man hört, wollen die hiesigen Zimmerer diesen Frühjahr in eine Lohnbewegung eintreten. Sie fordern 32 Pf. die Stunde bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit. Dieser neue Lohnsatz ist den Unternehmern bereits zugegangen.

**Stadtheater.** Morgen, Dienstag, wird als zweite Vorstellung im Sonder-Abonnement „Die Walküre“ gegeben. Mittwoch gelangt die lustige Schwank-Neuheit „Hans Huckebein“ zur Aufführung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einläufen sich auf unser Blatt zu berufen.

**Gejucht** 3-400 Mk. gegen gute Bürgschaft und Pfand. Offerten unter H H an die Expedition d. Bl.

**Lüchtige Maschinenschlosser** können sich sofort melden in der Maschinen-Abtheilung von Spahrkuhl & Co., Glasbüttenweg 17.

**Haus** mit 2 Wohn-, von 2 resp. 3 Zimmern, Küche, Keller, Boden, Hof mit Stall u. s. w. zu verkaufen. Ford. 5000 Mk., Ausg. 6 bis 800 Mk. **Johs. Fischhorn**, Fleischhauerstr. 46.

**Zugelassen ein Gynh Meierstr. 20a. Gebrannten Caffee** 60 80, 100-160 Pfg. per Pfd. empfiehlt

**Ludw. Welcher.** Langreihe 2a. **Matjesheringe** in ganz besonders schöner Qualität sind vorräthig bei

**Heinrich Koop,** Marktstr. 4.

**Deutscher Metallarbeiterverband** (Allgemeine Zahlstelle Lübeck.)

**Mitglieder-Versammlung** am Dienstag den 18. Januar Abends 8 1/2 Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Fragelasten und Verschiedenes. **Die Ortsverwaltung.** NB. Die Bibliothek ist von 8 Uhr an geöffnet.

**Grosser Inventur-Ausverkauf.**  
**Ballstoffe } reine Wolle {** sonst 2 Mt. 20 Pfg., jetzt Mt. 1, —  
sonst 1 Mt. 60 Pfg., jetzt Mt. —,80  
per Meter.  
**Reste zu Kleidern von Mk. 1,30 an.**  
**Gestrickte wollene Kinder-Unterröcke, alle Grössen, 25 Pfg. bis 50 Pfg. per Stück.**  
Schulterkragen 20 Pfg. Kinderhandschuhe Paar 10 Pfg.  
**Handschuhe für Herren u. Damen Paar 20 Pfg.**  
**Beinkleider für Herren {** Zwirn, Buckskin Stück Mt. 1, —  
braun engl. Leder Stück Mt. 1,40.  
**L. DUVE, Große Burgstraße 32.**

**Grosse Auction!**  
heute Dienstag den 18. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr  
in der Hundestraße 41  
über: 1 antiker Kleiderschrank, 2 andere Kleiderschränke, 1 Sopha mit 4 Stühlen, 1 Canape mit 4 Stühlen, Bettstellen, Spiegel, diverse neue Küchenlampen, ein großer Posten Rauchtabak, ff. Cigarren, Handharmonica, 1 silberne Damenuhr, Herren-Uhren, Norma-Wäsche, Bettlaken, 1 Kinderstühlewagen und verschiedenes nicht Genannte mehr.  
**J. C. B. Schmehl,**  
Auctionator und Taxator.

**Fortsetzung des Ausverkaufs** zu besonders billigen Preisen.  
**Steingut-, Porzellan- u. Glaswaaren-Handlung.**  
**J. N. Nissen, Breitestr. 21.**  
Verschiedene Parthien mit Preisen im Schaufenster.  
**Fritz Reuter-Käse**  
**Delicatess-Fett-Käse**  
leicht verdaulich, wohlgeschmeckend, überall zu haben.  
**Engros- Albert Niesemann** Gr. Burgstr. 1a.

**Visit-Karten**  
auf ff. Elfenbeinkarton  
per 100 Stück von 1 Mk. an  
liefert prompt und sauber  
**Die Druckerei des Lüb. Volksboten.**  
**Achtung!**  
**Werftarbeiter!**  
Ausserordentliche **Mitglieder-Versammlung** am Mittwoch den 19. Januar Abends 8 1/2 Uhr bei Spahrmann, Hundestraße 101.  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl eines Kassiers und eines Boten.  
2. Rattebericht.  
3. Abrechnung vom 4. Quartal.  
4. Verschiedenes.  
Es ist dringend notwendig, daß jedes Mitglied zu dieser Versammlung erscheint.  
**Der Vorstand.**

**Gesangverein „Eintracht“**  
**Socialer Abend** am Sonntag den 23. Januar bei Herrn Frahm, „Concordia-Garten“. Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr. Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden. Einführung gestattet. **Das Fest-Comite.**

**ELYSIUM.**  
Täglich: **Groß-Concert** der preisgekrönten Concert-, Gesangs-, Zodler- u. Schupplattlergesellschaft Almenrausch a. Etc.

**Circus Variété**  
**Reuterkrug.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Große Künstler-Vorstellungen.**  
Der achte Weltspielplan. U. U.: **Charles Jigg.**  
Deutschlands bester Solo-Clown. Auftreten von Heinrich Kalnberg, sowie der gesammten großartigen Künstlertruppe.

**Stadt-Theater.**  
Dienstag: Außer Abonnement.  
2. Vorstellung im Sonder-Abonnement.  
**Die Walküre.**  
Mittwoch: 78. Abonnem.-Vorst. 1. Abth. Noth. Erfolgreichste Neuheit der Spielzeit.  
**Hans Huckebein**  
Donnerstag: 72. Abonnem.-Vorst. 6. Abth. Gelb. Zum 1. Male im Abonnement. Neuheit.  
**Die verjüngte Blode.**  
**Speise-Halle Hansa**  
Mengenstraße 24.  
Heute Dienstag: Griessuppe, gebackten Schinken, Nefelbudding, Kartoffeln, Sauce.  
Mittagessen von 12-2 Uhr.

## Die Kundgebung für die Flottenvorlage.

welche am Donnerstag in Berlin stattfand, giebt uns Anlaß zu einiger Kritik. Wir hatten uns dabei an den Bericht der „Nordb. Allgem. Btg.“ nach demselben nahm die Versammlung einen „wahrhaft imposanten Verlauf.“ Wir haben für diese Behauptung nur ein mitleidiges Lächeln. Die Versammlung nahm den Verlauf, den sie ihrem ganzen Zusammenhang, ihrem Karolter nach nehmen mußte. Es waren Vertreter des Großhandels und der Großindustrie, Handelskammer- und Banken-Beamte, sowie Repräsentanten diverser Unternehmer-Kartelle, die sich da „aus allen Theilen des Reiches“ herbeige-eilt, versammelt hatten. Ihre Zahl mag sich auf 1000 belaufen haben, was durchaus nichts „Imposantes“ hat, sntemalen doch in Berlin allein viele Tausende von Industriellen und Kaufleuten ansässig sind. Daß in dem Bericht auch von Vertretern des Kleingewerbes die Rede ist, vermag die Kundgebung nicht über das Niveau zu erheben, das sie thatsächlich einnahm das Niveau einer kleinen exklusiven Interessens-Elite, die sich erlaubt, im Namen „des Volkes“ zu verhandeln und zu beschließen. Was will es heißen, wenn von den Behntausenden Kleingewerbetreibenden Berlins wirklich einige Dutzend an der Kundgebung theilgenommen haben? Aber Klappern gehört für die Flottenschwärmer nun mal zum Handwerk. Seit dem 19. Dezember v. J., also volle vier Wochen hindurch, hat das Berliner Komitee seine Propaganda für „massenhafte“ Besuch der Versammlung mit Hochdruck betrieben; die Industriellen und Handelslehrren „im ganzen Reich“ hat es zur „politischen Wallfahrt nach Berlin“ eingeladen — und ganze 1000 Mann fanden sich ein!

Der Vorsitzende, Kommerzienrath Th. Hasler, Präsident des Direktoriums des Zentralverbandes deutscher Industrieller, leitete die Verhandlungen mit der Erklärung ein, daß es Pflicht sei, dem „nationalen Geküh!“ für die Flottenvermehrung Ausdruck zu geben. Dann folgte er folgende Luciose Bemerkung hinzu:

„Wenn wir diese Versammlung einberufen haben, so geschah es nicht, um dem Reichstag irgendwie zu imponiren oder ihn angreifen zu wollen. Wir erkennen vollständig die ausschlaggebende Autorität dieser hohen Versammlung an und nach dem, was wir über die Stimmung gehört haben, würde es geradezu lächerlich sein, diese Versammlung als Demonstration gegen den Reichstag hinzustellen. Diese Demonstration geht nur gegen Die, die in unbegreiflicher Weise sich durchaus ablehnend gegen die Vorlage verhalten.“ Vernünftigen Politikern können die Herren Demonstranten allerdings nicht imponiren. Aber daß ihre Kundgebung den Zweck haben sollte, auf den Reichstag zu Gunsten der Flottenvorlage einzuwirken, das unterliegt doch wohl keinem Zweifel.

Herr Ad. Woermann-Hamburg erstattete das erste Referat, welches sich zusammensetzte aus den sattham bekannten Behauptungen betr. die Nothwendigkeit der Flottenvermehrung im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und seines „Ansehens.“ Der

Redner meinte, mehr naiv als klug, das Verlangen nach mehr Kriegsschiffen entspreche so sehr der „Volksstim-mung“, daß der Reichstag ihm werde Rechnung tragen müssen!!! Wir sind es ja gewöhnt, daß die sogenannten „patriotischen“ Kreise ihre Stimmung „Volksstim-mung“, ihre Wünsche als „Wünsche des Volkes“ ausgeben. Das Volk regt sich darüber nicht auf, denn es hat ja genugsam Gelehrtheit zu bekunden, daß es sich doch nur um einen spekulativen Mißbrauch des Wortes „Volk“ handelt.

Weiter verbietet folgende Auslassung des Herrn Woermann beachtet zu werden: „Es handelt sich hierbei um die Anseherhaltung und Wahrung der Ehre, der Ansehung und der Machtstellung des deutschen Reiches, welches, wenn es sein muß, auch Opfer zu bringen bereit ist.“

Wir fragen: ist unter dem „Deutschen Reich“ die Regierung zu verstehen? Die allerdings ist ja zu ganz ungeheuren Opfern bereit. Aber in Wirklich-keit soll doch das Volk diese Opfer bringen in Form erhöhter oder neuer indirekter Steuern. Die arbeitenden Massen haben alle Ursache, solch' neue Be-lastung nicht zu wünschen. Die projektirte „Weltpolitik“, die man mit Hilfe von mehr Kriegsschiffen durchzuführen will, wird nicht den breiten Massen des Volkes, sondern nur den besitzenden Klassen, vorzugeweise den Industrie- und Handelskönigen zu Gute kommen. Das Volk aber wird nicht nur die neuen Millionen zahlen, sondern auch alle schlimmen Folgen der „Weltpolitik“ tragen müssen. Aus eigenen Mitteln be-sondere Opfer für die Flotte zu bringen, dafür sind diese Klassen- und Interessengruppen nicht zu haben. Und doch wäre nichts selbstverständlicher, als daß sie den Geldbeutel öffnen um die Vortheile zu genießen, die sie sich von einer eventuellen Flottenvermehrung ver-sprechen.

In demselben Sinne wie Herr Woermann sprach der zweite Referent, Dr. Buel, der bekannte General-sekretär des Bundes der Industrieller, sich aus. Die patriotische Phrase spielt in seinen Ausführungen die Hauptrolle; er behauptet u. A.: „daß das deutsche Volk wohl in der Lage sei, die Opfer für die Flotte zu bringen, daß es andererseits aber auch die Verpflichtung habe, das deutsche Land, welches uns von dem unvergeßlichen Kaiser und sei-nem Kanzler überliefert ist, in den Stand zu setzen, diejenige Stellung unter den konkurirenden Staaten einzunehmen, die ihm gebührt, und dazu sei eine ver-stärkte Seemacht absolut erforderlich.“

Herr Hasler, Herr Woermann, Herr Buel — drei Vertreter der großkapitalistischen Koalition, die mit rücksichtsloser Entschiedenheit die Arbeiter-Koalition und deren auf wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse gerichtete Bestrebungen bekämpft und all' ihren Einfluß aufbietet, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu ver-nichten! Daß gerade diese drei die Hauptredner bei der Kundgebung waren, daß gerade sie dem deutschen Volke, wozu sich doch auch wohl die Arbeiter rechnen dürften, die „Verpflichtung“ zuschreiben, die Mehrbelastung für die neuen Kriegsschiffe auf sich zu nehmen, ist sehr bezeichnend. Man erinnere sich der Haltung des durch

sie repräsentirten koalirten Unternehmertums beim Streik unserer Hafenarbeiter und See-leute!

Nach Herr Kapitän Vogelgesang von der „Columbia“ hielt eine Rede. Er sagte u. A.: „Wir Mitglieder der Handelsmarine haben es praktisch erfahren, wie Handel und Handelschiffahrt von der Unter-stützung einer geeigneten Kriegsslotte abhängig sind. Ich werde einige Episoden aus meinem Leben aus demjenigen meiner Kameraden kurz anführen, um darzulegen, welche schmachvolle Behand-lung die deutsche Handelsflotte hat über sich ergehen lassen müssen, und welchen Beleidigungen und Gefahren die Seeleute der Handelsmarine im Auslande ausge-setzt sind.“

Hat Herr Vogelgesang, als er diesen Ausspruch that, vielleicht auch gedacht an die schmachvolle, bru-tale Behandlung, welche deutschen See-leuten auf deutschen Handelsschiffen oft seitens deutscher Vorgesetzter zu Theil wird? Darüber läßt sich wahrlich mehr sagen, als über die Behandlung, die Herr Vogelgesang im Auge hat!

Uebrigens stimmen die in den Reden gefallenen Be-merkungen über den ungenügenden Schutz des Handels durch die deutsche Marine nicht überein mit der in der Versammlung des „Ehrbaren Kaufmannes“ in Hamburg geäußerten Anerkennung, daß im konkreten Falle, in Chile, die Interessen der deutschen Reichsangehörigen besser geschützt worden seien als die anderer Nationen, was beweist, daß die heutige Flotte ausreichend stark genug ist. Aber das will man eben nicht gelten lassen!

## Fabrikanten und Partei-Lehen.

Die Berliner Fabrik-Schuhmacher beschlossen in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung, die von den Ringfabrikanten vorgelegte Arbeitsordnung abzuleh-nen. Im Fall die Unternehmer die Anerkennung der Arbeitsordnung durch die Aussperrung der Arbeiter zu erzwingen suchen und dieselbe nicht zurückgezogen wird, soll der Kampf nach jeder Richtung von den Arbeitern aufgenommen werden. Direkt an dem Kampf sind circa 500 Arbeiter, die in den Ringfabriken beschäftigt sind, theilhaftig.

Ueber den Ausstand der Metallarbeiter in Torgelow wor in letzter Zeit von den kleinen Provinzialblättern viel-fach die Meinung, daß die Arbeiter nicht geneigt wären, eine Einigung in der Angelegenheit herbeizuführen, ver-breitet. Die Arbeiter haben darauf an die Fabrikanten ein Schreiben gerichtet, in dem sie um Vorschläge für die Grundlage zu einer Einigung ersuchten. Hierauf haben die Fabrikanten folgende Antwort gegeben: „Auf Ihre an untenstehende Firmen gerichtete Zuschrift theilen wir Ihnen mit, daß wir dem Fachverein angehörende Former u. nicht einstellen können und werden. Wir stellen heute nur Former u. nach Bedarf unter nach-stehenden Bedingungen ein. Bedingungen: Wir verpflichten uns hiermit, die bisher weiter arbeitenden Kollegen und deren Familien wegen der Streiksache in keiner Weise wörtlich oder thätlich innerhalb sowie außer-halb der Arbeit zu belästigen, sowie auch, daß wir dem Fachverein der Metallarbeiter oder einem ähnlichen Ver-

## Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.  
Frei nach dem Amerikanischen.  
Von Erich Friesen.

(11. Fortsetzung).

(Nachdruck verboten).

Der Wagen hält vor dem Bahnhofgebäude. Erif besorgt ein Billet und geleitet sie zu ihrem Koupee.

„Die Zeit ist gekommen,“ beginnt Irene stöckend, „wo ich Ihnen Lebewohl sagen muß —“

Abwehrend hebt er die Hand.

„Noch nicht — noch nicht!“ murmelt er, fast heiser vor Erregung.

Sein Blick hängt an den Beigern der Bahnhofsuhr. „Werde ich Sie wiedersehen?“ fragt sie mit thränen-umflorter Stimme.

Traurig schüttelt er den Kopf.

„Ich versprach meinem Vater, bevor er mir Ihren Namen nannte und mir erlaubte, Ihnen zu helfen, daß ich sogleich mit ihm nach Norwegen zurückkehre, falls Sie Frau Forster nicht verlassen wollen —“

„Sie rettete mir das Leben!“

„Ich weiß — ich weiß. Aber —“

„Zurück!“ ruft die laute Stimme des Schaffners.

Irene streckt dem Freunde beide Hände entgegen. Schweigend ergreift er dieselben und küßt sie.

Jetzt schrillt die Pfeife des Zugführers. Erif tritt zurück. „Leben Sie wohl!“

Der Zug setzt sich in Bewegung.

Noch ein letzter stummer Gruß, ein Taschentuchflattern und Irene sinkt in die Kissen zurück.

In ihren Augen stehen Thränen. Sie fühlt, sie hat den edlen Jüngling, der da draußen bleich und traurig steht und dem enteilenden Zuge nachblickt, für immer verloren.

## VIII.

„Wie dumm, zu heulen über einen Menschen, den man kaum kennt!“ murmelt Irene nach einer Weile, indem sie auf ihr Taschentuch haucht und damit über die thränenfeuchten Augen streicht.

Sie setzt sich an's Fenster und beginnt, in die düstere Landschaft hinauszugucken.

Sie ist unzufrieden mit sich. Anstatt sich über Frau Forsters's glückliches Entkommen zu freuen, seufzt sie einem jungen Manne nach, — einem Manne, der ihr allerdings in uneigennützigster Weise seine Freundschaft bewiesen — aber noch immer nichts im Vergleich zu dem, was ihre Freundin, ihre Lebensretterin für sie gethan . . .

Trotzdem kommt das Taschentuch noch ein paar Mal zum Vorschein und nur mit Mühe hält sie die aufsteigen-den Thränen zurück. . . .

Wie jetzt war sie allein im Koupee. Als der Zug nach kurzer Zeit in einem kleinen Vororte von New-York hält, steigt ein Herr ein.

Irene zieht sich in die äußerste Ecke des Koupees zurück. Es ist nicht nöthig, daß der Fremde ihre ge-wöhnlichen Augenlider bemerkt.

Der Herr legt seine Reisetasche auf's Polster. Dabei entfällt seiner Hand der Regenschirm.

„Verzeihen Sie! Ich habe Sie aufgeweckt,“ sagt er höflich.

„Nein. Ich schlief nicht.“

„Wär' auch schwer zu schlafen in solchem Lumpen-wagen, bei dieser Tageszeit und in Ihrem Alter!“ be-merkt der Fremde galant. „Darf ich Ihnen den „New-Yorker Figaro“ anbieten?“

Mit leichtem Neigen des Kopfes nimmt Irene die Zeitung in Empfang und rückt etwas näher in das Lampenlicht.

Der Herr ist etwa fünfzig Jahre alt und sieht mit seinem glattrasirten Gesicht wie ein Landarzt oder Dorf-pfarrer aus. Er ist gut philiströs gekleidet: fest ge-schlossener, schwarzer Rock, weiße Halsbinde, Glacéhand-schuhe. Er nimmt in der Mitte des Coupés Platz, rückt den goldenen Kneifer auf der Ablernase zurecht und ent-faltet den „New-Yorker Herald“.

Einige Minuten lang liest er ruhig . . . Dann blickt er ärgerlich auf die zitternde Flamme und versucht noch-mals zu lesen.

Plötzlich wirft er die Zeitung fort.

„Ganz unmöglich, bei diesem Hundelicht zu lesen!“ ruft er mißgestimmt. „Ein wahres Glück, daß man bald erlöst ist. Wollen Sie auch nach Bridgeport?“

Irene nickte.

„Ist nicht viel los dort. Keine Schiffe, keine Bäume. Nichts wie Läden und Männer und Frauen und Frauen und Männer. Langweiliges Nest!“

Irene schweigt noch immer.

„Vielleicht wird Ihnen das gerade interessant sein, wie?“ fährt jener, das geringe Entgegenkommen des jungen Mädchens ignorirend, fort. „Wenn man jung ist — — — außerdem haben Sie gewiß Freunde dort, was?“

Obgleich Irene noch nicht gelernt hat, wie man sich in der großen Welt benimmt, so erscheint es ihr doch, als ob der Fremde etwas zu viel fragt. Kurz antwortet sie, daß sie soeben erst die Schule verlassen habe und nimmt den „Figaro“ wieder auf.

Er versteht die Abweisung. Vielleicht hat er auch schon erfahren, was er wollte. Auch er vertieft sich wieder in die Zeitung.

„Endlich!“ ruft er erfreut, als ein paar Häuser in Sicht kommen und der Zug langsamer zu fahren beginnt.

„Darf ich Ihnen Ihr Gepäck hinausrücken?“

ein nicht angehören, widrigenfalls wir mit unserer sofortigen Entlassung einverstanden sind oder 10 Mk. an die Fabrikantenkassette zahlen." (Folgen die Unterschriften der Fabrikanten.) Diese kurz abweisende Antwort hat in den Reihen der Streikenden eine tiefe Erbitterung hervorgerufen, die wohl auch die Ursache recht bellagender Vorkommnisse geworden ist, über die dem "Vorwärts" Folgendes berichtet wird: Als am Montag Abend einige in Arbeit Stehende von Torgelow den Heimweg antraten, kam es im Walde zwischen diesen Arbeitern und den Streikenden zu einer sehr ernstlichen Schlägerei, bei der mehrere verwundet und ein Arbeiter getödtet sein sollen. Es sind in Folge dessen zahlreiche Vernehmungen und Verhaftungen vorgekommen, über deren Resultat bis jetzt nichts bekannt ist.

## Aus Nah und Fern.

**Hamburg.** Das unerforschte Geheimniß der Heizer- und Trimmer-Selbstmorde beschäftigt wieder einmal das hiesige Secamt, ohne indeß irgendwie von diesem gelüftet zu werden. Der Trimmer Berndt ist vom Dampfer "Andalusia", Hamburg-Amerika-Linie, über Bord gesprungen und ertrunken. Er hatte sich krank gemeldet, war aber trotzdem vom Schiffsarzt angewiesen worden, zu arbeiten: gleich darauf suchte er den Tod in den Fluthen! — Der indische Heizer Cassim ist vom Bremer Hansdampfer "Reidensfeld" über Bord gesprungen und ertrunken. Er ist bei seiner Anmusterung auf seine Tauglichkeit nicht untersucht worden! — Das Secamt bleibt in beiden Fällen bei seinem alten bewährten "Spruch", der uns immer lebhaft an die bekannte Redensart erinnert: "Mein Name ist Haase. Ich weiß von nichts!"

Ein Sonderling, unter dem Namen "Kapitän Käding" im Nordwesten von Berlin bekannt, ist dieser Tage in seiner Wohnung in der Stephanstraße aus dem Leben geschieden. Er war aus Gramsom bei Angermünde gebürtig, hatte in jungen Jahren sein Glück in Amerika gemacht und sich als "reicher Mann" in Berlin niedergelassen. So merkwürdig es in seiner kleinen Hofwohnung ausfiel, ebenso merkwürdig erschien Käding nach außen. Er ging stets sauber gekleidet: Zylinder, schwarzer Gehrock, weite karrirte Hose und Schnabelschuhe. Seine Kravatten, die er durch einen Siegelring gezogen trug, hatten stets leuchtende Farben. Vom Zylinder trennte er sich nur selten, auch dann nicht, wenn er im rothen Schlafrock seine Wohnung säuberte und die Abfälle auf den Hof hinunter in die Müllgrube trug. Er besorgte seine ganze Wirtschaft selbst, viel Arbeit machte ihm das auch nicht. Die ganze Wohnungsausstattung bestand außer einer vollständigen Ausrüstung für eine Prärie-Expedition aus einem Feldbette mit einigen Decken, einem Küchentische, zwei Stühlen und einem großen Lebertopper, dessen Inhalt man noch nicht kennt. Zwölfwäufige Revolver großen Kalibers und Boviemesser lagen immer schuß- und stichfertig da. Seinen Hausgenossen und Fremden imponirte der Amerikaner damit nicht wenig. An die Korridorhür klebte er wohl auch einen Zettel, des Inhalts: "Wer hier einbricht, ist des Todes, die Waffen sind geladen!" Auf Kriegsfuß lebte der Kapitän stets mit dem Steuerheber. Wenn dieser kam, hatte er nie Geld. Gegen seine Einschätzung, die er für zu hoch erklärte, legte er stets Berufung ein. Wenn er dann von der Steuerbehörde ein Schreiben bekam, löste er die Siegel behutsam ab und klebte alle außen an die Thürpfosten. Die Steuerzettel und Rechnungen aber hatte er nach und nach zu einer großen Fahne zusammengestellt, die von der Decke seiner Stube herabhäng. Am Sylvesterabend sah man ihn zum letzten Male, wie er Einkäufe

machte, um sich einen Punsch zu brauen; auch die Pfannkuchen kaufte er dazu. Dann blieb er verschwunden. Als am Sonntag der Hausverwalter seine Wohnung öffnen ließ, fand man ihn todt. In Decken eingewickelt, lag er auf seinem Feldbette. Einige Zeichen deuten darauf hin, daß der "Kapitän" freiwillig aus dem Leben geschieden ist, so die peinliche Ordnung aller Kleinigkeiten und ein "Andenken" das er einer Nichte, M. B. in W., hinterlassen hat. Aus dem Karton, der die Widmung enthält, haite er das Bild der Nichte gebunden; das Andenken besteht in zwei Stück gewöhnlicher Seife. Diese Zeichen können jedoch trügen, zumal da er erst vor einiger Zeit sechs Wochen an einem Leberleiden im Moabitler Krankenhaus gelegen hat. Seine sechs Zylinder fand man in verschiedener Form und Farbe auf dem Ofen stehend sorgfältig in Seidenpapier eingewickelt. Außer dem Zylinder widmete der Kapitän auch seiner Pfeife eine große Aufmerksamkeit. Außer wenn er sich zum Essen setzte, ließ er sie wohl selten kalt werden. Wie es mit seinem Vermögen steht, ist noch nicht näher bekannt; man schätzt ihn auf 200 000 Dollars. Gefunden hat man in seiner Wohnung etwa 1000 Mark bar und verschiedene Gutscheine auf die Mitteldeutsche Kreditbank.

Ueber die verhängnisvolle Explosion in der Englischen Gasanstalt zu Schöneberg, bei welcher drei Arbeiter ihren Tod fanden und drei andere Lebensgefährlich verletzt wurden, wird berichtet: Im Regulatorhaus der Anstalt waren um diese Zeit außer dem Kassirer Eichberg und dem Inspektor Wiesener die Arbeiter Hübner und Schebricht beschäftigt, welche den Ueberwachungsdienst bei den Regulatoren bewirkten. In dem Kellerraum waren der 60jährige Klempner Gerich, der 31jährige Klempner Janick und der gleichaltrige Arbeiter Freyer thätig. Nach Beendigung der Frühstückspause erfolgte eine weithin hörbare Explosion. Als sich die Leute einigermaßen von ihrem ersten Schreck erholt hatten, da bot sich ihnen ein furchtbarer Anblick. Das ganze Regulatorhaus stand in Flammen. Fenster und Thüren waren aus demselben herausgerissen und das Dach theilweise zersplittert. Vor dem Gebäude sah man zwei Personen, deren Kleider in Flammen standen. Es waren dies die Arbeiter Schebricht und Hübner, während die übrigen Angestellten sich noch in dem brennenden Gebäude befanden, nur dem Kassirer Eichberg war es gelungen, sich durch einen rechtzeitigen Sprung aus dem Fenster, von welchem durch den Luftdruck selbst das Eisengitter herausgerissen war, zu retten. Nachdem Sch. und H. aus ihrer furchtbaren Lage befreit waren, machte man sich daran, die in dem brennenden Hause befindlichen Personen herauszuholen; dies gelang jedoch nur bei Wiesener, denn in den Keller vermochte Niemand hineinzudringen, da die in den Gasleitungen befindlichen Gase zurückströmten und in hellen Flammen emporloderten. Eine große Anzahl Arbeiter wurden in Folge dessen beauftragt, die Hauptleitungen freizulegen und das Zurücklaufen der Gase durch Einlegen von Pflocken zu verhindern. Nach einer Stunde etwa erreichte man den Zugang zum Keller, wo man die verstümmelten Leichen der drei verbrannten Arbeiter auffand. Alle sechs verunglückten Personen sind verheirathet. Der verstorbene Gerich hätte in diesem Frühjahr das 25jährige Jubiläum seiner Thätigkeit in der englischen Gasanstalt gefeiert. Der Direktor der Gasanstalt, der mit seinen Assistenten im Augenblick der Explosion in der Nähe des Regulatorhauses sich befand und dieses gerade betreten wollte, ist wie durch ein Wunder unverletzt geblieben. Ueber die Ursache der Explosion ist nachträglich folgendes ermittelt worden. An dem Konduktor des einen Regulators war ein Defekt entstanden, welcher heute Morgen reparirt werden sollte. Der Inspektor Wiesener, welcher ebenfalls schwer verletzt wurde, hatte zur Vorsicht sämtliche offene Flammen, die sich in dem Gebäude befanden, verlöschen

lassen und jedes Lichtanzünden strengstens verboten. Die drei zu Tode gekommenen Arbeiter hatten sich nach der Frühstückspause in den Keller begeben, um dort die Reparaturarbeiten wieder aufzunehmen, befanden sich jedoch kaum zwei Minuten in dem Raume, als die Explosion stattfand. Es wird behauptet, daß dieselbe dadurch hervorgerufen sei, daß von einem glühend geschlagenen Meißel ein Stückchen absprang, an welchem sich ausströmendes Gas entzündet haben soll. Gegen diese Annahme sprechen jedoch auch noch die Thatsachen, daß sich Gas nur an einer offenen Flamme entzündet und daß das Glühendgeschlagen eines Meißels vollkommen ausgeschlossen erscheint. Es ist deshalb nur anzunehmen, daß einer der Arbeiter, um irgend etwas zu besichtigen, ein Streichholz entzündet und so das herausströmende Gas zur Entzündung gebracht hat. Eine tragische Scene spielte sich gestern Mittag an der Unglücksstelle ab. Die Frau des gestern zu Tode gekommenen Arbeiters erschien gegen 12 Uhr in der G.-sanstalt, um ihrem Manne das Essen zu bringen. Zwar hatte Frau M. schon vorher von der Katastrophe erfahren, doch glaubte sie ihren Gatten unverletzt, weil derselbe eigentlich in einer andern Abtheilung beschäftigt war. Einer der Beamten, der der Anruferin nicht die volle Wahrheit des harten Schicksals, das sie betroffen, sagen wollte, theilte ihr mit, daß ihr Mann verletzt sei. In demselben Augenblicke wurde eine Leiche bei der Frau vorbeigebracht; es war diejenige Mehls. Wie vom Schlage gerührt, brach die Unglückliche zusammen, und sich wieder emporraffend, wandte sie sich wortlos um und schwanke ihrem Heim zu, wo jetzt 4 Kinder im Alter von 2—6 Jahren den todtten Vater betrauern. Ein zweiter Umgekommenen hinterläßt 7 Kinder im Alter von 1—14 Jahren.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Felde bei Radetow, Kreis Randow. Auf dem Felde des Besitzers Lemke war zum Betriebe einer Dreschmaschine eine Lokomotive aufgestellt worden. Während der Arbeit platzte der Dampfessel dieser Lokomotive; es wurden von den umherliegenden Eisentheilen der Arbeiter und dessen Tochter getödtet, ferner zwei Arbeiter und ein Mädchen verwundet. Auch Lemke selbst ist von einem Sprengstück getroffen worden.

Was der Papst geschenkt bekam. Aus Rom wird dem "Neuen Wiener Tageblatt" gemeldet: Der Gesamtwert der Geschenke, welche der Papst zu seinem 60jährigen Priesterjubiläum erhalten hat, übersteigt den Betrag von 6 Millionen Franken. Es spendeten:

- 1) Der Herzog von Norfolk einen Check auf 200 000 Franken;
- 2) Die Königin-Regentin von Spanien 100 000 Franken in Gold;
- 3) Der deutsche Kaiser 50 000 Mark in Gold;
- 4) Der österreichische Episkopat 100 000 Gulden in Gold;
- 5) Der Fürst primas von Ungarn 100 000 Gulden in Gold;
- 6) Der Zar einen herrlichen Ring;
- 7) Die Zarin ein goldenes, mit Rubinen und Brillanten besetztes Reliquienkästchen;
- 8) Damen von Sacré-Coeur einen Rosenkranz, dessen Ave Maria goldene 20-Frankenstücke und dessen Paternoster goldene 50-Frankenstücke bilden, während das Kreuz aus sechs goldenen 100-Frankenstücken besteht. Dazu kommen die bereits kostbaren Geschenke des Kaisers von Oesterreich, des amerikanischen Episkopats, der Königin Isabella von Spanien, des Sultans und des Präsidenten der französischen Republik und anderen. Von religiösen Genossenschaften, Klöstern und einzelnen Priestern wurden 72 Gegenstände von Gold gespendet, die allein einen Werth von über einer Million Franken repräsentiren.

"Ich danke; ich habe kein Gepäck."  
"Eine Seltenheit bei einer Dame! Wünschen Sie einen Wagen?"  
"Danke sehr. Ich brauche keinen Wagen."  
"Aber, mein liebes Fräulein, wollen Sie denn zu Fuß in dem Hundewetter —"  
"Ich werde erwartet."  
"Ah so! Ich empfehle mich Ihnen."  
Er ergreift Reisetasche und Schirm und ist gleich darauf mit dem Gepäckträger verschwunden.  
Irene eilt in das Wartezimmer. Schon nach wenigen Minuten kehrt sie mit Frau Forster zurück.  
Der Perron ist leer.  
Nur der Herr aus dem Coupé ist wieder da und sucht unter Mithilfe zweier Gepäckträger irgend einen verlorenen Gegenstand.  
Jetzt blickt er auf.  
"Ich habe meinen Aneifer verloren", sagt er, Irene bemerkend. "Im Coupé hatte ich ihn vorhin noch. Irgend Jemand muß ihn mir beim Aussteigen gestohlen haben. Giebt so viel Gefindel hier, nicht wahr, meine Gnädige?"  
Die letzten Worte sind an Frau Forster gerichtet. Diese neigt kaum merklich den Kopf als Antwort. Dann wirft sie ihn hochmüthig in den Nacken und eilt mit emporgestreckter Nase und zusammengepreßten Lippen, Irene mit sich ziehend, davon.  
Als sie im Wagen sitzen, erscheint abermals der Fremde.  
"Fand ihn in meiner Tasche!" ruft er zum Wagen-schlag hinein. "War sehr dumm von mir. . . . Empfehlt mich! Hoffe, Sie bald wiederzusehen!"  
Er läßt seinen Hut und tritt zurück.  
Als der Wagen von dannen rollt, blickt er auf die

hinten angebrachte Nummer. Befriedigt lächelnd zieht er seine Manschette etwas weiter heraus und notirt sich die Zahl.

Gleich darauf hält der Wagen vor einem elegant und vornehm aussehenden Hotel. Dienstfertig springt der Portier herbei und hilft die Damen beim Aussteigen.

Frau Forster begleitet Irene in ein großes, bequem ausgestattetes Zimmer mit daranstoßendem Schlafgemach. Auf dem Tisch steht ein silberbeschlagener Kasten neben einer Anzahl kleiner, werthvoller Toilettegegenstände — lauter Sachen, die Irene früher bei Frau Forster nie gesehen hat.

"Deine Zimmer sind da drüben — neben meinen," sagt Letztere heiter. "Ganz hübsch, was? Wie gefällt Dir mein neuer Toilettenkasten?"

"Sehr gut," antwortete Irene. "Aber woher hast Du ihn?"

"Gekauft, Kindchen, gekauft und auch bezahlt," erwidert Frau Forster mit gedämpfter Stimme. "Waren ziemlich theuer, die Dinger. Aber ohne irgend welches Gepäck hätte man uns nicht im Hotel aufgenommen. . . . Müßten ja leider ohne Alles aus New-York durchbrennen!"

Sie verschweigt, daß sie unter ihrem Mantel eine ganze Masse unbezahlter Werthachen mitgeschleppt hat, die sie beim Pfandleiher, dessen Namen sie in der Eisenbahntg. fand, versetzte.

"Apropos," fährt sie eifrig fort, bevor Irene fragen kann, woher sie das Geld zu ihren Einkäufen habe, "Du mußt die Initialen aus Deiner Wäsche trennen — noch heute, damit das Zimmermädchen ihre Nase nicht hineinsteckt. . . . Wie willst Du Dich nennen? Ich heiße Madame Gaston LaCellès."

Betroffen blickt Irene die Freundin an. Es erschien ihr ganz natürlich, daß Frau Forster, nachdem sie ihren Gatten verlassen, ihren Mädchennamen wieder annahm. . . . Doch warum abermals ein Aendern des Namens?

"Müssen wir unsere Namen wechseln?" fragt sie verstimmt.

"Aber natürlich, Schäschen. Oder möchtest Du die Polizei auf unsern Fersen haben? . . . Was ist denn auch dabei?"

"Ich weiß nicht; aber mir ist so eigenthümlich — so, als ob wir Unrecht thäten."

"Ach, Schnack!" ruft Frau Forster ärgerlich. "Eine Masse Menschen lebt unter angenommenem Namen — zum Beispiel Schauspieler und Schriftsteller! . . . Na also! Warum sollen wir es nicht thun, besonders da der Schuft Bloomfield und der andere Schuft, mein würdiger Gatte, uns dazu zwingen? He?"

Irene senkt die Augen und schweigt.

Ungebuldig tritt Frau Forster an sie heran.

"Du mußt diese kindischen Ansichten los werden," ruft sie heftig. "Wir müssen leben, und wir kriegen niemals was zu heißen, wenn wir den Leuten unter die Nase reiben, wir sind ein paar gehegte Frauenzimmer. Man würde uns bemitleiden; aber keine Nase würde uns helfen. Klärende Weiber — huh! . . . Aber flotte, lachende Frauen, die hat man überall gern, und Du sollst mal sehen, wir bringen es zu was, wenn wir unser Spiel ordentlich spielen. Guck' her! Mit nichts sind wir ausgerückt aus dem alten Loch da unten, und seit 3 Monaten leben wir als feine Damen! Warum sollen wir nicht so fortfachen?"

"Ja, aber —" zögerte Irene.  
(Fortsetzung folgt.)